



Gemeinsam voran

Bad Honnef AG
Geschäftsbericht 2021

Energie mit Heimvorteil:
bhag.de



Bericht der Bad Honnef Aktiengesellschaft

1. Januar bis 31. Dezember 2021

Impressum

HERAUSGEBER

Bad Honnef AG
Lohfelder Straße 6
53604 Bad Honnef

Telefon: 0 22 24 / 17-0
Telefax: 0 22 24 / 17-112

SITZ DER GESELLSCHAFT

Bad Honnef

REGISTERGERICHT

Siegburg HRB 6640

Inhalt

Vorstand	04
Aufsichtsrat	06
Abteilungs- und Teamleiter	08
Daten & Zahlen	12
Unser Team Netz	16
Lagebericht	18
Bilanz	32
Gewinn- und Verlustrechnung	34
Unser Team Materialwirtschaft	35
Unsere Teams	36
Anhang	38
Unser Team Marketing	47
Unsere Teams	50
Bestätigungsvermerk	52

Die Unternehmensführung der Bad Honnef AG

Kersten
Kerl
Vorstand

Stephan
Reuter
Bereichsleiter
Netzwirtschaft,
Prokurist

Philipp
Gensler
Kaufmannischer
Leiter, Prokurist

Stefan
Brun
Bereichsleiter
Netze



Sehr geehrte Kunden und Geschäftspartner der BHAG,

nach einem turbulenten Corona-Jahr 2020 folgte ein Energiejahr, welches die Herausforderungen aus dem Vorjahr in den Schatten stellte. Während die erste Hälfte des Jahres geprägt war vom Klimaschutz, brachte die zweite Jahreshälfte die Flutkatastrophe im Ahrtal, das Ende der Ära von Bundeskanzlerin Angela Merkel und knappe Energierohstoffe verursachten Rekordpreise in beinahe allen Märkten. Nebenbei dominierte neben diesen großen Themen auch weiterhin das Corona-Virus das Leben der Menschen in Deutschland. Und auch wir haben die Ereignisse nicht so einfach weggesteckt. Wodurch auch globale Lieferketten und Produktionen ins Stocken gerieten. Erstmals mussten wir einen enormen Beschaffungsmehraufwand und gewichtige personelle Veränderungen hinnehmen. Doch wir haben die Zeit dieser Ausnahmesituation genutzt, um alle Prozesse auf den Prüfstand zu stellen und uns mit strategischen und nachhaltigen Weichenstellungen auf das kommende Jahr vorzubereiten. Auf die Ursachen dieser globalen Krisen und die Auslöser von Preissteigerungen haben wir als BHAG und Sie keinen Einfluss und wir können uns vor den akuten Auswirkungen auch nur bedingt schützen. Gemeinsam mit Ihnen – das ist meine tiefe Überzeugung – werden wir auf einen langfristigen Wachstumspfad zurückkehren.

Wie sicher und zukunftsfest unser Miteinander ist, haben die Pandemie und die Energiekrise deutlich gezeigt. Wir haben eine neue Flexibilität, ein hervorragendes Miteinander und ein hohes Engagement unserer Mitarbeiter erlebt. Vor diesem Hintergrund haben wir auch das diesjährige Motto unseres Geschäftsberichts ausgewählt: „Gemeinsam voran“. Selten konnten wir so gut wie im Jahr 2021 zeigen, warum wir uns als Energieversorger verstehen, der regional verwurzelt ist, ein auf Nachhaltigkeit und Sicherheit orientiertes Geschäftsmodell pflegt und gemeinsam mit seinen Kunden, Mitarbeitern und Anteilseignern zukunftsfähige Lösungen schafft.

Wir haben unsere Vertriebseinheit reorganisiert und die durchgeführten Vertriebsmaßnahmen waren erfolgreich. So konnten wir den Grundversorgerstatus im Stromnetz der Verbandsgemeinde Unkel in den Orten Unkel, Rheinbreitbach und Bruchhausen für uns gewinnen. Mit der Übernahme der Parkraumbewirtschaftung der im Eigentum der Stadt befindlichen Parkflächen in der Tiefgarage Rathausplatz und an der Luisenstraße haben wir zudem erfolgreich ein neues Geschäftsfeld implementiert.

Ein steter Begleiter in diesem Jahr waren auch die Wirren um die Ostsee-Pipeline Nord Stream 2. Die auffällig leeren Gasspeicher in Mitteleuropa waren zwar nicht die einzige, aber doch eine zentrale Ursache für die Preisturbulenzen in den Großhandelsmärkten für Energie. Diese zwangen zahlreiche Energieanbieter in die Knie, Kunden drohten und drohen auch weiterhin massive Energiekostensteigerungen und selbst bei Grundversorgern schließen Energiemarktakteure Insolvenzen inzwischen nicht mehr aus. Mit ihrem konservativen, auf Nachhaltigkeit und Sicherheit ausgerichteten Geschäftsmodell hat sich die BHAG in diesen turbulenten Zeiten den immer neuen Preiswellen in den Weg gestellt, wenn auch nicht spurlos. Erstaunlich gut ist es uns dennoch gelungen, die Energiepreise für unsere Kunden auf einem guten Niveau zu halten. Wir konnten unseren Auftrag im Sinne der Daseinsvorsorge jederzeit erfüllen.

Die große Volatilität und die Rekordpreise im Jahr 2021 werden die Marktteilnehmer noch einige Zeit beschäftigen, auch vor dem Hintergrund des aktuellen Ukraine-Konflikts. Zusammenarbeit und Innovation werden uns auch in Zukunft dabei helfen, die vor uns liegenden Aufgaben zu lösen. Integraler Bestandteil bei allen von uns geplanten Projekten ist der Prozess der zunehmenden Energieautarkie und Diversifikation der Energieversorgung. Energieautarkie und Diversifikation sehen wir als Teil unserer kontinuierlichen Weiterentwicklung und als Garant für langfristige Wettbewerbsfähigkeit. Für die nähere Zukunft geht es also darum, das Bestandsnetz sinnvoll zu ergänzen. Ein Baustein in Richtung Energiewende ist für uns der beschleunigte und konsequente Ausbau erneuerbarer Energien. Nur so können wir uns vor einer neuen Art der Importabhängigkeit im Energiesektor schützen. Aufgrund der kriegsbedingten Umbrüche in der europäischen Energieversorgung setzt die Bundesregierung auf den Einsatz von Flüssiggasimporten (LNG) und eventuell auch auf die Gasgewinnung durch Fracking. Unserer Auffassung nach kann Fracking nicht zur kurzfristigen und zeitlich begrenzten Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit dienen, da dieses Verfahren klimapolitisch höchst umstritten ist. Flüssiggasimporte und Fracking sind nicht nachhaltig, nicht klimaneutral und verlagern unsere Abhängigkeit bei der Energieversorgung, lösen das Problem der weiterhin großen Abhängigkeit aber nicht.

Ferner betrachten wir Wasserstoff als einen bedeutenden Energieträger der Zukunft. Wasserstoff ist ideal, um die erneuerbaren Energien in großen Mengen speicherbar und transportfähig zu machen. Bereits heute können rund 20 % des verfügbaren Wasserstoffes über die bestehende Gasinfrastruktur zu den Verbrauchenden transportiert werden. Ziel ist es, die Erdgasnetze anzupassen, sodass diese zunehmend für den Einsatz von Wasserstoff genutzt werden können. Grüner Wasserstoff ist also ein möglicher Eckpfeiler der Dekarbonisierung. Aus unserer Sicht gibt es viele gute Gründe, die Entwicklung der Wasserstofftechnologie zu unterstützen.

Ich bedanke mich bei allen Beschäftigten für ihr besonders großes Engagement und die trotz herausfordernder Umstände so erfolgreiche Arbeit. Uns alle vereint der Antrieb, gemeinsam Lösungen zu entwickeln, die die Versorgung unserer Kunden mit lebensnotwendigen Leistungen und Produkten sichert. Dem Aufsichtsrat der BHAG danke ich für das entgegengebrachte Vertrauen in unseren gemeinsamen Kurs der Stabilität und Nachhaltigkeit in turbulenten Zeiten. Dieses Vertrauen in mich als Vorstand ist ein wichtiges Signal für unsere Beschäftigten und unsere Kundschaft, trotz aktueller Herausforderungen den Weitblick auf unsere gemeinsam gesteckten Ziele nicht zu verlieren. Auch die stete Modernisierung der Infrastruktur unseres Energienetzes behandeln wir mit Weitblick, damit unsere Versorgungsregion auch weiterhin so eine lebenswerte Region bleibt. Dabei stellen wir uns gemeinsam den kommenden Herausforderungen, um auch in Zukunft mit nachhaltigen und innovativen Angeboten für die Menschen, die in unserer Nachbarschaft leben, da zu sein. Gehen wir „Gemeinsam voran“ auf einem Weg der Herausforderungen, aber auch des nachhaltigen Wachstums.

Ihr
Kersten Kerl

August 2022

Bericht des Aufsichtsrates

Bericht des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2021 der Bad Honnef AG



Prof. Dr. Rolf Cremer, Vorsitzender

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben und Pflichten erfüllt. Er hat den Vorstand bei der Unternehmensleitung auf der Basis der ihm vorliegenden Informationen regelmäßig beraten und die Geschäftsführungsmaßnahmen überwacht.

Im Jahr 2021 fanden Änderungen in der Führung der Bad Honnef AG auf Vorstandsebene statt, die der Aufsichtsrat aktiv begleitete. Am 31. März 2021 verließ

der Technische Vorstand, Jens Nehl, die Unternehmung, um eine neue Aufgabe bei einem hessischen Energieversorger zu übernehmen. Der Kaufmännische Vorstand und Vorstandssprecher, Mathias Eik, übernahm die alleinige Leitung der BHAG. Nach einer öffentlichen Ausschreibung bestellte der Aufsichtsrat Herrn Kersten Kerl zum neuen Technischen Vorstand mit Wirkung vom 1. August 2021. Mathias Eik verließ das Unternehmen zum 31.12.2021. Mit Wirkung vom 17. November 2021 übernahm Kersten Kerl die Führung des Unternehmens.

Im Frühjahr 2021 zeichneten sich starke, nicht vorübergehende Preissteigerungen auf den Energiemärkten ab. Eine Gewinnwarnung durch den Vorstandssprecher am 1. Oktober 2021 veranlasste den Aufsichtsrat zu außerordentlichen Sitzungen am 25. Oktober 2021, am 3. November 2021 und schließlich am 16. November 2021. Zentraler Gegenstand dieser Sitzungen waren das Beschaffungssystem, sowie die damit verbundenen Kontroll- und Berichtssysteme der Bad Honnef AG. Gemeinsam mit dem neuen Vorstand Kersten Kerl konnten neue Kontroll- und Berichtssysteme eingerichtet werden, um so für die Zukunft risikoavers aufgestellt zu sein. Im Zuge dieser neuen Zusammenarbeit wurden offene Positionen in den Bereichen

Strom und Gas für die Jahre 2022 und 2023 geschlossen. Die Beschaffungsprozesse werden seit dieser Zeit von einer Arbeitsgruppe unter Kersten Kerl wöchentlich, bedarfsweise täglich kontrolliert.

Am 25. Oktober 2021 entschied der Aufsichtsrat die Vergabe eines Sondergutachtens an die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dornbach, dessen Ziel die „Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Strombeschaffung in den Jahren 2020 bis einschließlich 2023“ ist, um die Systeme der nivellierten Beschaffung zu optimieren. Die wesentlichen Feststellungen des Sondergutachtens wurde im Prüfungsbericht berücksichtigt.

Im Geschäftsjahr 2021 kam der Aufsichtsrat zu sieben ordentlichen Sitzungen zusammen. Hinzu kamen vier außerordentliche Sitzungen. Der Wirtschafts- und Prüfungsausschuss tagte acht, der Personalausschuss drei mal. Außerdem fand eine Beiratsitzung statt. Darüber hinaus standen der Vorsitzende und der Stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrates in regelmäßigem Kontakt mit dem Vorstand. Vermittels dieser Sitzungen erhielt der Aufsichtsrat vom Vorstand Informationen über die Entwicklung und Lage des Unternehmens, über die Strategie und Planung, über das Risikomanagement sowie über wesentliche Geschäftsvorgänge. Der Aufsichtsrat ließ sich über die Wettbewerbssituation auf den Energiemärkten und über die allgemeinen Entwicklungen des Energiemarktes, insbesondere hinsichtlich regenerativer Energien, Energiedienstleistungen und zukünftigen Geschäftsfeldern informieren. Ebenso ließ sich der Aufsichtsrat über Einzelprojekte sowie über interne Neuorganisationen und Personalentwicklungen berichten. Der Aufsichtsrat hat dabei den Deutschen Corporate Governance Kodex stets beachtet.

Im Rahmen der ordentlichen Hauptversammlung der Gesellschaft am 25. August 2021 bestellten die Aktionärsvertreter die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dornbach GmbH als Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2021. Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021, die Buchführung und der Lagebericht wurden von ihr geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk gemäß § 322 HGB versehen.

Die Jahresabschlussunterlagen und der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers wurden allen Aufsichtsratsmitgliedern rechtzeitig vor der Sitzung am 10. August 2022 ausgehändigt. In dieser Sitzung wurde der Aufsichtsrat über die Ergebnisse in Anwesenheit eines Vertreters der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, der den Prüfungsbericht unterzeichnet hat, umfassend informiert. Ein Vertreter der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und der Vorstand standen für die Beantwortung von Fragen zur Verfügung. Der vom Aufsichtsrat im Februar 2021 eingerichtete Wirtschafts- und Prüfungsausschuss erstattete dem Aufsichtsrat Bericht über seine Prüfung des Jahresabschlusses.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht sowie den Vorschlag des Vorstandes für die Gewinnverwendung am 10. August 2022 geprüft und stimmt dem Prüfungsergebnis des Abschlussprüfers zu. Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss genehmigt, der damit festgestellt worden ist. Dem Vorschlag für die Gewinnverwendung schließt sich der Aufsichtsrat an.

Der Aufsichtsrat dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bad Honnef AG und zollt ihnen Respekt und Anerkennung für ihr Zusammenstehen in einem schwierigen Jahr, welches mit der Preisexplosion an den Energiemärkten zu in dieser Größenordnung nicht vorhersehbaren Belastungen für das Unternehmen führten. Die unruhigen und instabilen Energiemärkte werden auch in Zukunft die Bad Honnef AG weiter fordern. Ein herzlicher Dank gilt auch den Kunden und Geschäftsfreunden der Bad Honnef AG für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Bad Honnef, im August 2022

Der Aufsichtsrat

Prof. Dr. Rolf D. Cremer
Vorsitzender

Unser Netzgebiet

Die BHAG ist ein Versorgungs-Querverbundunternehmen mit den Sparten Strom, Erdgas und Wasser. Die Energie- und Wassernetze erstrecken sich dabei über folgende Gebiete:

- Stromnetz: Stadt Bad Honnef
- Wassernetz: Stadt Bad Honnef und die Verbandsgemeinde Unkel
- Gasnetz: Stadt Bad Honnef, Verbandsgemeinden Unkel, Asbach, Flammersfeld und Orte Puderbach sowie der Stadt Hennef



Weitere spartenübergreifende Geschäftsfelder sind die Betriebsführung der Straßenbeleuchtung der Stadt Bad Honnef sowie das Wärmecontracting. Die Stadt Bad Honnef hält insgesamt 96,17% der Anteile an der BHAG, hiervon 46 % über die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Bad Honnefer Bäder. Die verbleibenden 3,83% der Anteile entfallen auf die Verbandsgemeinde Unkel.

Abteilungs- und Teamleiter



Mike
Boche
Leiter
Materialwirtschaft

Florian
Wicharz
Teamleiter
Gas/Wasser

Daniela
Paffhausen
Leiterin
Marketing

Astrid
Zerdick
Leiterin
Kundenbetreuung

Torsten
Brix
Teamleiter
Wasserwerk

Christoph
Prokopy
Teamleiter
Strom

Markus
Warnke
Stellv.
Teamleiter
Strom

Holger
Bouvelet
Leiter
Shared Service

Thorsten
Fischer
Leiter
IT

Sascha
Schulz
Teamleiter
Messstellenbetrieb &
Leittechnik

Harald
Gebauer
Leiter
EDL

Markus
Schmidt
Leiter
Regulierung/
Recht



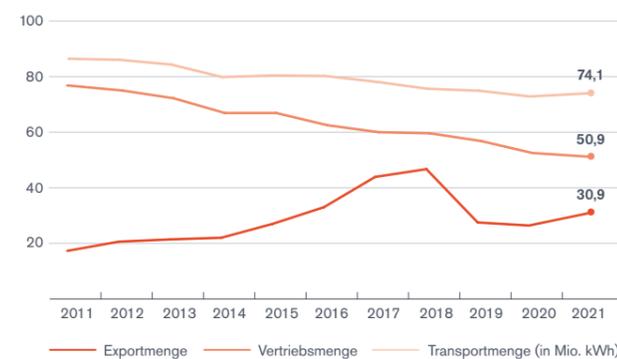
Aus Strom nutzen wird Haltung zeigen.

100% Ökostrom
Jetzt versorgungssicher buchen

Energie mit Heimvorteil:
bhag.de

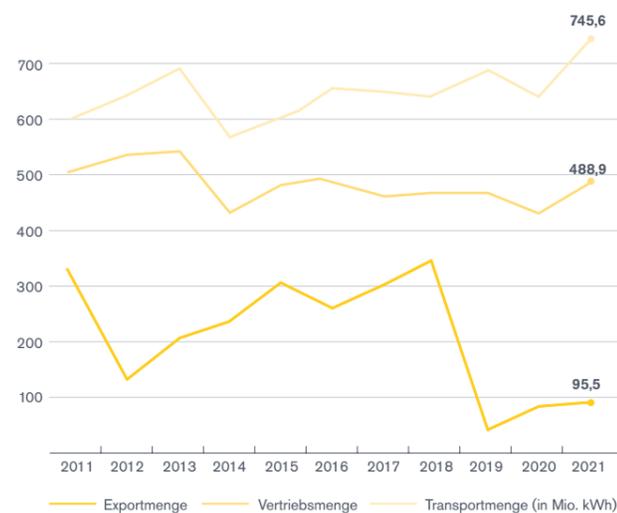


Der Vorstand informiert



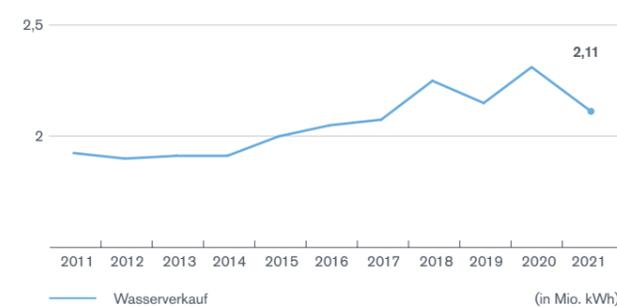
Strom

Die an Kunden im eigenen Netzgebiet verkaufte Strommenge verringerte sich leicht im Berichtsjahr von 51,2 GWh auf 50,9 GWh. Die Exportmenge erhöhte sich von 26,1 GWh auf 30,9 GWh.



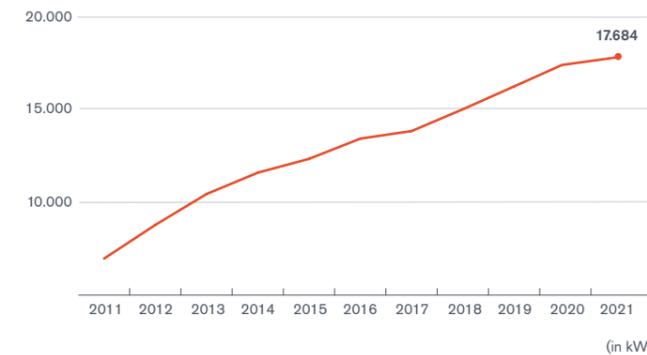
Erdgas

Die insgesamt transportierte Gasmenge erhöhte sich witterungsbedingt um 97,9 GWh auf 745,6 GWh. Die Vertriebsmenge erhöhte sich von 428,3 auf 488,9 GWh.



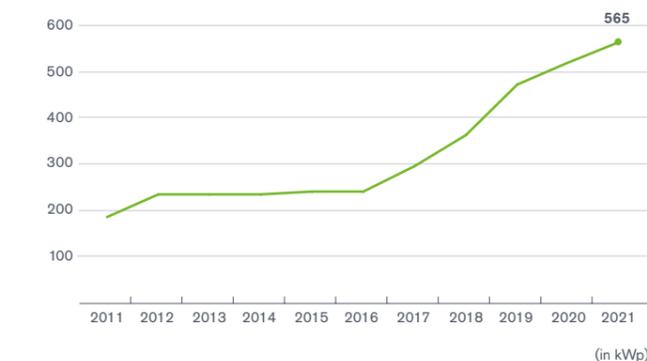
Trinkwasser

Die verkaufte Trinkwassermenge verringerte sich witterungsbedingt von 2,26 Mio. m³ auf 2,11 Mio. m³.



Wärme

Die Sparte Wärme (thermische Anschlussleistung der Pacht- und Contractingprojekte) konnte weiter ausgebaut werden. Die insgesamt installierte thermische Leistung von Wärmeerzeugungsanlagen erhöhte sich um 265 kW auf 17,684 kW.



Photovoltaikanlagen

Die Nutzung von Solarstrom zeigt weiterhin großes Potenzial. Erfolgreich konnten weitere Photovoltaikanlagen geplant und umgesetzt werden und die Leistung stieg auf 565 kWp.

Stromversorgung

Versorgungsgebiet: Stadt Bad Honnef

	2021
Einwohnerzahl des Versorgungsgebietes	27.372
Installierte Leistung der Ortsnetzstationen	48,5 MVA
Anzahl der Ortsnetzstationen	127
0,4-kV-Kabelnetz (Niederspannung)	231,6 km
11-kV-Freileitung (Mittelspannung)	112,7 km
11-kV-Freileitung (Mittelspannung)	4,8 km
Verlegung von neuen Hausanschlüssen	20
Hausanschlüsse zum 31.12. (aktiv)	7.683
Zählerbestand zum 31.12.	16.067
Transportmenge Netz	74,08 GWh

Entwicklung der nutzbaren Stromabgabe, aufgliedert nach Verbrauchergruppen in MWh:

	2021
RLM *	20.026
SLP **	59.580
Eigenverbrauch	2.228
Nutzbare Abgabe	81.834

Wasserversorgung

Versorgungsgebiet: Stadt Bad Honnef u. Verbandsgemeinde Unkel

	2021
Einwohnerzahl des Versorgungsgebietes	40.769
Wasserwerke	2
Reserve-/Notwasserwerke	1
Installierte Gewinnungspumpen	1.490 m³/h
Speicheranlagen	13
Speicherkapazität	7.100 m³
Leitungsnetz	280,15 km
Verlegung von neuen Hausanschlüssen	32
Hausanschlüsse zum 31.12. (aktiv)	11.728
Zählerbestand zum 31.12.	12.458
Wasserabgabe an Kunden	2.176.721 m³

* Registrierende Leistungsmessung (RLM):

** Standardlastprofil (SLP): Haushalte oder Abnahmestellen mit einem voraussichtlichen Jahresverbrauch unter 100.000 kWh Strom.

Gasversorgung

Versorgungsgebiete: Stadt Bad Honnef, Verbandsgemeinden Unkel, Asbach, Flammersfeld und Orte der Verbandsgemeinden Altenkirchen, Puderbach sowie der Stadt Hennef

Entwicklung der nutzbaren Gasabgabe, aufgliedert nach Verbrauchergruppen in MWh:

	2021		2021
Einwohnerzahl des Versorgungsgebietes	81.130	RLM *	67.923
Hochdrucknetz	157,3 km	SLP **	498.663
Mitteldrucknetz	56,1 km	Eigenverbrauch	17.858
Niederdrucknetz	582,1 km	Nutzbare Abgabe	584.443
Verlegung von neuen Hausanschlüssen	220		
Hausanschlüsse zum 31.12. (aktiv)	18.095		
Installation von Zählern	192		
Zählerbestand zum 31.12.	21.157		
Transportmenge Netz	745,64 GWh		

* Registrierende Leistungsmessung (RLM): Sondervertragskunden mit einem Jahresverbrauch von mehr als 1,5 Mio. kWh Gas.

** Standardlastprofil (SLP): Haushalte oder Abnahmestellen mit einem voraussichtlichen Jahresverbrauch weniger als 1,5 Mio. kWh Gas.

Der Erdgasbedarf wird aus den Transportleitungen der Open Grid Europe GmbH über sieben Übernahmestationen (Am Spitzenbach, Lohfelder Straße, Rolandsecker Weg, Bruchhausen, Windhagen I + II und Neschen) gedeckt.

Ausgewählte Kennzahlen für die Geschäftsjahre 2017 bis 2021

	2017	2018	2019	2020	2021
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) ¹	113	112	113	112	114
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Umsatzerlöse	47.834	50.047	51.923	53.958	61.203
Materialaufwand	32.411	34.479	34.532	35.428	52.164
Personalaufwand	7.711	8.264	9.661	10.000	10.447
Anlagenzugänge (ohne Finanzanlagen)	3.455	4.000	4.449	5.130	4.636
Jahresüberschuss	5.205	2.255	1.885	2.549	-5.120
Dgl. in Prozenten	%	%	%	%	%
Umsatzerlöse	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Materialaufwand	67,8	68,9	66,5	65,7	85,2
Personalaufwand	16,1	16,5	18,6	18,5	17,1
Anlagenzugänge (ohne Finanzanlagen)	7,2	8,0	8,6	9,5	7,6
Jahresüberschuss	10,9	4,5	3,6	4,7	-8,4

¹ Mitarbeitende in Voll- und Teilzeit einschließlich geringfügig Beschäftigte sowie Auszubildende.

Weitere Informationen zum Geschäftsjahr

Vermögens- und Finanzlage

Die Aktiva und Passiva der Bad Honnef AG entwickelten sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt:

	31.12.2021 Mio. EUR	%	31.12.2020 Mio. EUR	%	Veränderungen Mio. EUR
Aktiva					
Langfristig gebundene Vermögenswerte					
Immaterielle Vermögensgegenstände u. Sachanlagen	41,6	67,3	39,8	64,4	1,8
Finanzanlagen	3,9	6,3	4,1	6,6	-0,2
	45,5	73,6	43,9	71,0	1,6
Kurzfristig gebundene Vermögenswerte					
Vorräte	3,2	5,2	0,7	1,1	2,6
Forderungen	12,7	20,6	7,4	12,0	5,3
Flüssige Mittel	0,4	0,6	5,5	8,8	-5,1
	16,3	26,4	13,5	21,8	2,8
Summe Aktiva	61,8	100,0	57,4	92,9	4,4
Passiva					
Langfristig gebundenes Kapital					
Eigenkapital ¹	24,1	39,0	30,9	50,0	-6,8
Bauschüsse, Sonderposten	6,4	10,3	6,1	9,9	0,3
Rückstellungen	5,3	8,6	4,1	6,6	1,2
	35,8	57,9	41,1	66,5	-5,3
Kurzfristig gebundenes Kapital					
Eigenkapital ¹	1,6	2,6	1,5	2,4	0,1
Rückstellungen	16,4	26,6	6,7	10,8	9,7
Verbindlichkeiten	8,0	12,9	8,1	13,1	-0,1
	26,0	42,1	16,3	26,4	9,7
Summe Passiva	61,8	100,0	57,4	92,9	4,4

¹ Der Teil des Jahresüberschusses, der gemäß dem Ergebnisverwendungsvorschlag zur Einstellung in die Gewinnrücklagen vorgesehen ist, wird unter der Position „Eigenkapital“ als langfristig gebundenes Kapital ausgewiesen.

Jederzeit einsatzbereit

- Michael Brassel
- Marius Leutner
- Friedhelm Weiss
- Dirk Krupop
- Kamran Mohit
- Florian Wicharz
- Viktor Morasch
- Wolfgang Schmitz
- Michael Kluth
- Lars Bönisch
- Viktor Koch
- Ücler Dal
- Peter Krautscheid
- Markus Radermacher
- Jürgen Wissmann
- Timo Wessel
- Bilal Yilmaz
- Walter Zimmer
- Markus Warnke
- Sefik Demirel
- Christoph Prokopy
- Stefan Waldorf
- Céderic Krautscheid
- Stefan Brun
- Torben Leißa



Lagebericht

I. Geschäftsmodell der BHAG

II. Wirtschaftsbericht

1. Energiewirtschaftliche Rahmenbedingungen
2. Rahmenbedingungen Vertrieb
3. Rahmenbedingungen Energienetze
4. Geschäftsverlauf
 - 4.1. Energievertrieb
 - 4.2. Netze
 - 4.3. Beteiligungen
 - 4.4. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

III. Vermögens- und Finanzlage

IV. Ertragslage

V. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

1. Risikobericht
2. Chancenbericht

I. Geschäftsmodell der BHAG

Die Bad Honnef AG (BHAG) leistet als kommunales Unternehmen der Energieversorgung einen wesentlichen Beitrag für die Lebensqualität der Menschen in der Region Siebengebirge und Westerwald.

Von der Energie- und Wasserversorgung in eigenen Netzen und Förderung im Wasserwerk bis hin zu innovativen Energiedienstleistungen in den Bereichen Energieerzeugung und Mobilität liefert die BHAG attraktive Leistungen zu wettbewerbsfähigen Preisen.

Zudem bietet das Unternehmen seinen Kunden attraktive Angebote im Bereich „Heimvorteile und Erlebniswelten“ an, die ihren Kunden und den Bürgern der Region Nutzen stiften und das Leben erleichtern sowie bereichern. Im September dieses Jahres übernahm die Bad Honnef AG zusätzlich in Teilen die Bewirtschaftung von Parkräumen in Bad Honnef.

Darüber hinaus trägt die BHAG mit ihrem Ergebnisbeitrag zugunsten der kommunalen Haushalte der Stadt Bad Honnef und der Verbandsgemeinde Unkel unmittelbar zur Daseinsvorsorge bei.

II. Wirtschaftsbericht

1. Energiewirtschaftliche Rahmenbedingungen

Externe Faktoren haben Einfluss auf den Geschäftsverlauf unseres Unternehmens. Die wirtschaftliche Entwicklung (Konjunktur), die stark gestiegenen Energiepreise, die Witterung, Krisen sowie politische und rechtliche Vorgaben bilden wesentliche Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft. Auf gesamtwirtschaftliche coronabedingte Lockdowns konnte zwar nahezu vollständig verzichtet werden, jedoch wurden einzelne Branchen, wie beispielsweise die Hotellerie und Gastronomie sowie die Erlebnisbranche mit harten Auflagen belegt und teilweise geschlossen.

Die Witterungsverhältnisse haben einen unmittelbaren Einfluss auf den Energieabsatz, insbesondere auf den Gasabsatz für die Wärmeerzeugung. Das Jahr 2021 verlief insbesondere im Frühjahr deutlich kühler – der April zeigte sich als der kälteste April seit 40 Jahren. Im Jahresdurchschnitt lag die mittlere Tagestemperatur in Bad Honnef bei 10,5 Grad Celsius gegenüber einem Jahresdurchschnitt in 2020 von 12,0 Grad Celsius. Dies hatte Auswirkungen auf den Primärenergieverbrauch.

Politische Unruhen ließen gerade zum Jahresende besonders die Bezugspreise für Energie und somit auch die Preise für Strom als auch für Gas an den Energiebörsen rasant ansteigen. Diese Entwicklung hat neben der gesamten Branche auch die Bad Honnef AG getroffen.

Energieverbrauch 2021 wächst durch Pandemie und Wetter

Der Primärenergieverbrauch in Deutschland betrug im Jahr 2021 insgesamt 12.265 PJ oder 418,5 Mio. t SKE; gegenüber dem Vorjahr nahm er damit um 3,1 % zu (vgl. Tabelle 1). Das Niveau des Energieverbrauchs sowie seine Zusammensetzung (Energienmix) werden auch politisch und regulatorisch beeinflusst. Für die mittel- bis längerfristige Entwicklung sind u.a. der schrittweise Ausstieg aus der Kernenergie bis Ende 2022, der geplante Ausstieg aus der Kohleverstromung (bis Ende 2038) sowie die fortgesetzte Förderung des Ausbaus erneuerbarer Energien bedeutsam. Auf europäischer Ebene sind u.a. die Absenkung der Emissionsobergrenze in der laufenden 4. Handelsperiode 2021 bis 2030 (linearer Kürzungsfaktor 2,2 % p.a., statt 1,74 % p.a. wie in der 3. Handelsperiode) innerhalb des EU-ETS sowie die Zielsetzungen für den Klimaschutz im Nicht-ETS-Bereich, die Vorgaben zur Verbesserung der Energieeffizienz (z. B. EU-Energieeffizienz-Richtlinie (EED)) sowie verbindliche Ziele zum fortschreitenden Ausbau erneuerbarer Energien (EU-Richtlinie für erneuerbare Energien (Richtlinie 2009/28/EG)) von Relevanz.

Wichtigster Energieträger blieb auch 2021 das Mineralöl mit einem Anteil von 32,3 %. Es folgte das Erdgas mit einem auf 26,8 % leicht gestiegenen Anteil (2020: 26,4 %). Die Position an dritter Stelle belegten die erneuerbaren Energien mit einem Anteil von 15,9 %, 2020 waren es noch 16,6 % gewesen. Der Primärenergieverbrauch von Stein- und Braunkohle ist 2020 mit jeweils 16,5 % bzw. 17,7 % kräftig gestiegen, so dass Braunkohle 2020 wieder 9,2 % und Steinkohle noch 8,5 % des Primärenergiebedarfs hierzulande deckten. Der Primärenergieverbrauch der Kernenergie erhöhte sich 2021 gegenüber dem Vorjahr um 7,4 % (Die Kernkraftwerke Grohnde, Gundremmingen C und Brokdorf wurden Ende Dezember 2021 abgeschaltet). Damit deckt die Kernenergie aktuell noch ca. 6,1 % des Primärenergiebedarfs. Der Überschuss bei den Stromflüssen in das Ausland hat sich 2021 leicht erhöht (per Saldo flossen 2021 knapp 1,5 Petajoule bzw. 0,4 TWh mehr Strom ins Ausland als 2020). Infolgedessen wirkte sich der Stromaustauschsaldo auch im Jahr 2021 verbrauchsmindernd (um 0,6 Prozentpunkte) auf den Primärenergieverbrauch aus.

Primärenergieverbrauch in Deutschland 2020 und 2021 *

Energieträger	2020	2021	2020	2021	Veränderungen 2021 geg. 2020			Anteile in %	
	Petajoule (PJ)	Petajoule (PJ)	Mio. t. SKE	Mio. t. SKE	PJ	Mo. t. SKE	%	2020	2021
Mineralöl	4.087	3.961	139,4	135,1	-126	-4,3	-3,1	34,4	32,3
Erdgas	3.136	3.288	107,0	112,2	152	5,2	4,9	26,4	26,8
Steinkohle	896	1.044	30,6	35,6	148	5,1	16,5	7,5	8,5
Braunkohle	958	1.128	32,7	38,5	170	5,8	17,7	8,1	9,2
Kernenergie	702	754	24,0	25,7	52	1,8	7,4	5,9	6,1
Erneuerbare Energien	1.972	1.947	67,3	66,4	-25	-0,8	-1,2	16,6	15,9
Stromaustauschsaldo	-68	-69	-2,3	-2,4	-1	-0,1	-	-0,6	-0,6
Sonstige	213	213	7,3	7,3	1	0,0	0,4	1,8	1,7
Insgesamt	11.895	12.265	405,9	418,5	371	12,6	3,1	100,0	100,0

* Quelle: AG Energiebilanzen 2021, Stand 22.02.2022

2. Rahmenbedingungen Vertrieb

Im Privat - und Geschäftskundensegment hat sich der Wettbewerb 2021 marktbedingt beruhigt. Die bei Stadtwerken typischerweise längerfristige Beschaffungsstrategie hatte in den vergangenen Jahren dazu beigetragen, dass Billiganbieter mit kurzfristiger Beschaffung einen preislichen Vorteil generieren konnten. Im Laufe des Jahres 2021 sorgte jedoch gerade diese langfristige Eindeckung mit Energiemengen dafür, dass die Entwicklung der stark steigenden Preise bei den Stadtwerken überwiegend für das ganze Jahr 2021 kompensiert werden konnte. Lediglich die Discounter haben den Preiseffekt unterjährig im Jahr 2021 nahezu unmittelbar zu spüren bekommen.

Daraus entstehende Insolvenzen oder Bilanzkreisschließungen brachten lieferantenseitige Kündigungen der Lieferverträge mit sich und die Kunden mussten über die Grundversorger aufgefangen werden. Dadurch spürte die gesamte Energiebranche die Auswirkungen der stark ansteigenden Preise. Der Termin- und Spothandel für Strom und Gas hatte sich preislich vervielfacht. Diese kurzfristigen und deutlichen Preisanstiege am Terminmarkt wie auch im Spothandel verbunden mit den temperaturbedingten Mehrmengen zwangen einige Strom- und Gasanbieter aufgrund ihrer kurzfristig ausgelegten Beschaffungsstrategie in die Insolvenz bzw. drängten diese zu deutlichen Preiserhöhungen.

Die Entwicklung an den Energiemärkten schlug relativ schnell auch auf die Letztverbraucher durch. Nachdem Billiganbieter jahrelang Kunden mit Erfolg abwerben konnten, überraschten sie im Laufe des Jahres mit unerwartet hohen Preisänderungsteilungen. Die Energiebranche wurde mit teilweise fragwürdigen Methoden, lieferantenseitigen Kündigungen von Lieferverträgen sowie Annahmestopps von Kunden einiger Lieferanten konfrontiert. Der einzige Ausweg war für viele Kunden die Aufnahme in einen Grundversorgungstarif der regionalen Anbieter.

Der Wunsch der Kunden nach Sicherheit in diesen instabilen Zeiten sorgte für hohe Zuwachsraten insbesondere im letzten Quartal des Jahres 2021, auch wenn sich die Kunden mit ihrer Kritik an den hohen Energiepreisen nicht zurückhielten und teilweise die Versorger (mit) dafür verantwortlich machten. Gerade Kunden, die zuvor über mehrere Monate bis zu zwei Jahren eine in 2021 auslaufende Preisbindung hatten, bekamen die Preiserhöhung mit voller Wucht zu spüren.

3. Rahmenbedingungen Energienetze

Die Gassparte ist auf der Netzseite von einem weiteren Zubau von Neuanschlüssen geprägt. Allerdings sinkt seit Jahren der Absatz je Hausanschluss wegen den zunehmend greifenden Effizienzmaßnahmen im Gebäudebereich. Insgesamt geht die BHAG mittelfristig von einem etwa gleichbleibenden temperaturbereinigtem Gasabsatz in ihrem Netzgebiet aus.

Unsere Region wird, wie weite Teile Nord- und Westdeutschlands, teilweise noch mit dem niederkalorischen L-Gas versorgt. Die Vorräte des vorwiegend in den Niederlanden geförderten L-Gases gehen aber absehbar zur Neige.

Im Sinne der Versorgungssicherheit hat sich die Branche gemeinsam mit der Bundesnetzagentur dazu entschlossen, vollständig auf das H-Gas mit höherem Energiegehalt umzustellen. In Deutschland sind etwa 6 Mio. Gasgeräte betroffen, davon entfallen etwa 20.000 Geräte auf das Netzgebiet der Bad Honnef AG, die bis 2022 anzupassen sind.

Im Schaltbereich „Berg“ hat die Bad Honnef AG über 10.000 Gasverbrauchsgeräte an das neue H-Gas angepasst. Die Anpassungen wurden in den Netzbereichen Aegidienberg und in den Verbandsgemeinden Asbach, Flammersfeld sowie den von uns versorgten Ortsteilen der Verbandsgemeinden Altenkirchen und Puderbach, sowie der Stadt Hennef durchgeführt.

In einem weiteren Schritt wurde von unseren eingesetzten Dienstleistern die technischen Gerätedaten von über 10.000 Gasverbrauchsgeräten im Schaltbereich „Tal“ erfasst. Hiervon betroffen waren die Netzbereiche Bad Honnef und die Verbandsgemeinde Unkel.

Die eigentliche technische Anpassung der Gasverbrauchsgeräte dieses Teilbereiches erfolgt dann im nächsten Jahr. Die Gasversorgung ist auch in der Umstellungsphase zu jedem Zeitpunkt gesichert. Die Heizkosten ändern sich durch die Umstellung auf das neue H-Gas nicht.

Gas ist nicht der einzige Energieträger, der sich für Heiz- und Prozesszwecke nutzen lässt. Er steht daher seit jeher im Wettbewerb zu anderen Energieträgern. Zudem gerät Erdgas im Zuge der Dekarbonisierungsdebatte und der politischen Entwicklungen im Zuge der Ukraine-Krise unter Druck. Andererseits hat die Politik erkannt, dass der relativ CO²-arme Energieträger Erdgas mittelfristig noch gebraucht wird und eine „All-Electric-Energieversorgung“ volkswirtschaftlich nicht darstellbar ist. Gerade im Bereich der Bestandsgebäude gibt es kaum eine Alternative zu den häufig noch bestehenden Ölheizungen. So ist seit einiger Zeit ein deutlicher Nachfrageschub nach Erdgasanschlüssen bei Bestandsgebäuden festzustellen. Für die nähere Zukunft geht es also darum, das Bestandsnetz sinnvoll zu ergänzen und den regulatorischen und politischen Rahmen zu beobachten, um den Wendepunkt für die Zukunft der Gasversorgung zu ermitteln. Nach der aktuellen Energiewendestrategie der Bundesregierung darf allerdings davon ausgegangen werden, dass Erdgasnetze mindestens noch 30 Jahre benötigt werden. Sollte es gelingen, die Erdgasnetze zunehmend für den Einsatz von Wasserstoff zu nutzen, ist auch eine deutlich längere Nutzungsdauer anzunehmen.

Der Stromnetzbetrieb der BHAG ist seit Jahren von sinkenden Transportmengen, u. a. durch den Zubau von dezentralen

Erzeugungsanlagen und dem damit verbunden Selbstverbrauch, gezeichnet. Da dieser Bereich reguliert ist und feste Erlöse zugestanden werden, äußert sich diese Entwicklung vor allem in kontinuierlich steigenden Netzentgelten. Die zukünftige operative Stromnetzübernahme in der Stadt Unkel sowie den Ortsgemeinden Rheinbreitbach und Bruchhausen wird diesen Geschäftszweig durch die Hebung von Synergieeffekten jedoch stärken. Zudem ist im Jahr 2021 eine erhebliche Anzahl von Netzanschlussbegehren für Schnelladesäulen der Elektromobilität beantragt worden. Nach Inbetriebnahme dieser Anlagen muss beobachtet werden, wieviel Energie zusätzlich transportiert werden muss und ob sich der oben beschriebene Trend dadurch verändert. Insbesondere das Stromnetz in Aegidienberg kommt bei 100% Auslastung der zusätzlichen Schnelladesäulen an seine Kapazitätsgrenze für den Spitzenlastfall. Für zukünftige Erweiterungen würde dann ein erheblicher Netzausbau erforderlich.

Stromnetze werden immer erforderlich sein und sind auch nicht durch Autarkiebestrebungen völlig zu ersetzen. Der schrittweise Ausstieg aus der Kernenergie und die vermehrte Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien wirken sich allerdings auf die Lastflüsse im Stromnetz aus und führen dazu, dass Übertragungsnetzbetreiber häufiger als bisher Redispatch-Maßnahmen (Abregelung von Strom-Erzeugungsanlagen) vornehmen müssen. Zudem muss sich der Netzbetrieb auf stark wechselnde Lasten durch die fluktuierende Einspeisung und den stetigen Zubau von Ladepunkten für die Elektromobilität einstellen. Um die Versorgungssicherheit weiterhin gewährleisten zu können, wurde die gesetzliche Grundlage für das Redispatch 2.0 geschaffen. Hierdurch werden auch alle Verteilnetzbetreiber, zu denen die BHAG gehört, an Redispatch-Maßnahmen beteiligt. Durch deutschlandweite Umsetzungsprobleme bei vorgelagerten Prozessen, haben sich die Fristen zur Umsetzung bei der BHAG zeitlich nach hinten verschoben. Die im Vorjahr gegründete Projektgruppe hat alle notwendigen Schritte unternommen, um den gesetzlichen Anforderungen zu entsprechen.

Die Stromverteilnetze werden in Zukunft mehr „Drehscheibe“ für den Stromtransport sein. In den kommenden Jahren muss daher zunehmend in Netzüberwachungs- und Steuerungstechnik im Bereich der Mittel- und Niederspannungsnetze investiert werden. Insbesondere durch die zunehmende Digitalisierung im Messwesen und den Einsatz von modernen und intelligenten Stromzählern (Smart Meter) werden auch hierdurch benötigte Netzdaten erfasst. Erste „Smart Meter“ mit automatisierter Datenübertragung (Gateway) wurden für Testzwecke verbaut, um so den gesamten Prozess zu überprüfen. Wie geplant, wurde zum Ende des Jahres 2021 die neue Organisationseinheit Messstellenbetrieb und Leittechnik gegründet. In dieser Organisationseinheit ist der spartenübergreifende Messstellenbetrieb sowie die Digitalisierung der Netze gebündelt.

4. Geschäftsverlauf

4.1 Energievertrieb

Aufgrund einer ambitionierten Vertriebsplanung wurden die Absatzziele trotz der langen Heizperiode im Frühjahr unterschritten. Insbesondere die gesteckten Ziele im Geschäftskundensegment wurden nicht erreicht. Aufgrund der Preisentwicklungen haben sich viele Kunden mit ihrer Entscheidung einen Liefervertrag abzuschließen, in der Hoffnung auf sinkende Preise Zeit gelassen. Die tatsächliche Entwicklung zeigte jedoch, dass dieses Warten besonders groß, der sich dann jedoch erst mit Belieferung in der Folgeperiode auswirken wird.

Das Jahr 2021 war unterdurchschnittlich kalt und verregnet, so dass sich dies zwar positiv auf den Gasabsatz auswirkte, gleichzeitig jedoch die Wasserabgabe verringerte. Da der Gasabsatz sehr temperaturabhängig ist mussten die unerwartet hohen Bedarfe trotz der risikoaversen Beschaffungsstrategie zu hohen Anteilen über den Spothandel gedeckt werden. Dieser hat sich preislich unterjährig negativ entwickelt und sorgte somit zu Unterdeckungen, die nicht umgehend an die Kunden weitergegeben werden können. Grundsätzlich ist eine Zunahme der Absatzmenge erfreulich, im betroffenen Zeitraum war dies jedoch oftmals mit wirtschaftlichen Nachteilen verbunden und sorgte somit für einen überproportionalen Anstieg an Beschaffungskosten, die den Umsatzanstieg überkompensiert haben.

Aufgrund von staatlichen Anreizen konnte sich die Bad Honnef AG innerhalb des Geschäftsfeldes Energiedienstleistungen sehr positiv bspw. im Bereich der Lademöglichkeiten für E-Mobilität behaupten. Die Kunden verlangen nach immer mehr Möglichkeiten alternativer Erzeugungsmöglichkeiten. Dies hat uns veranlasst, uns im dem Geschäftsfeld neu aufzustellen, personell zu verstärken und wir haben folgerichtig die für uns tätigen Dienstleister weiter ausgebaut, um den steigenden Anfragen gerecht zu werden. Wir gehen davon aus, dass diese Umstrukturierungen ab 2022 weitere Erfolge zeigen werden.

Unsere Direktvertriebsmaßnahmen in 2021 haben das gesteckte Ziel nicht verfehlt und so konnten wir den Grundversorgerstatus im zu übernehmenden Stromnetz Unkel für uns gewinnen.

Die Gesamtabgabe an elektrischer Energie an eigene Kunden betrug im Geschäftsjahr 2021 79,6 GWh (Vorjahr: 74,9 GWh). Wir führen diese Absatzsteigerung insbesondere auf die Erholung der Wirtschaft nach den coronabedingten Absatzrückgängen zurück.

Die Gesamtabgabe an Erdgas an eigene Kunden erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 67,4 GWh bzw. 13,5 % auf 566,6 GWh. Diese Entwicklung ist insbesondere auf die deutlichen witterungsbedingten Absatzgewinne zurück zu führen.

Trotz einer zunehmenden Zahl von Insolvenzen bei den Discountanbietern verharrt die Anzahl der Energieanbieter, sowohl in der Sparte Strom als auch in der Sparte Gas, auf einem hohen Niveau.

Die Durchleitungsmenge für fremde Energielieferanten erhöhte sich in der Sparte Strom jedoch um 4,6 % auf 20,2 GWh (Vorjahr: 19,3 GWh). Die Stromverkäufe der BHAG außerhalb des eigenen Netzgebietes stiegen im Geschäftsjahr 2021 leicht auf 30,9 GWh (Vorjahr: 26,1 GWh) um 18,7 %.

Im Gasnetz der BHAG stieg die Durchleitungsmenge für fremde Lieferanten auf 257,4 GWh (Vorjahr: 220,4 GWh). Gemessen an der gesamten Erdgastransportmenge von 745,6 GWh stieg ihr Anteil leicht von 34,0 % auf 34,5 %.

Die eigene Erdgasexportmenge betrug im Jahr 2021 95,5 GWh (Vorjahr: 86,5 GWh) und stieg somit um 10,3 % an.

Der Wasserabsatz ist durch einen kühleren und verregneten Sommer im Vergleich zum Vorjahr wieder deutlich gesunken. Im Geschäftsjahr 2021 betrug die Wasserabgabe 2,177 Mio. m³ und liegt damit um 6,4 % unter dem Vorjahresniveau. Das Vorjahresniveau ist hier jedoch als Ausreißer anzusehen, die Menge im Geschäftsjahr 2021 entspricht nahezu dem Absatz aus dem Jahr 2019.

4.2 Netze

Am Jahresende 2021 waren im Stromnetzgebiet der BHAG 16.288 Zählpunkte angeschlossen (Vorjahr: 16.072 Zählpunkte). Zudem wurden im Geschäftsjahr 2021 TEUR 736 in das Stromnetz investiert und TEUR 431 für Unterhaltungsmaßnahmen aufgewendet.

Im Gasnetzgebiet der BHAG waren am Jahresende 2021 21.089 Zählpunkte angeschlossen (Vorjahr: 20.832 Zählpunkte). Des Weiteren wurden im Geschäftsjahr 2021 TEUR 2.290 in das Gasnetz investiert und TEUR 528 für Unterhaltungsmaßnahmen aufgewendet.

Im Geschäftsjahr 2021 traten im Netzgebiet der BHAG 162 (Vorjahr: 162) fremde Stromanbieter und 161 (Vorjahr: 161) fremde Gasanbieter aktiv auf.

Im Bereich Wasserversorgung waren am Ende des Jahres 2021 insgesamt 12.487 Zählpunkte angeschlossen (Vorjahr: 12.414 Zählpunkte). Außerdem wurden im Geschäftsjahr 2021 TEUR 826 insbesondere in das Leitungsnetz der Wasserversorgung investiert. Für Unterhaltungsmaßnahmen wurden TEUR 343 aufgewendet.

4.3 Beteiligungen

Die BHAG ist an folgenden fünf Gesellschaften beteiligt:

- » Energieversorgung Schwarze Elster GmbH (Beteiligungsanteil 5 %)
- » TOBI Gaskraftwerk Verwaltungs GmbH (Beteiligungsanteil 4,17 %)
- » TOBI Gaskraftwerksbeteiligungs GmbH & Co. KG (Beteiligungsanteil 4,17 %)
- » TOBI Windenergie Verwaltungs GmbH (Beteiligungsanteil 5,48 %)
- » TOBI Windenergie GmbH & Co. KG (Beteiligungsanteil 14,28 %)

Sowohl die Beteiligungen an der TOBI Gaskraftwerksbeteiligungs GmbH & Co. KG als auch an der TOBI Windenergie GmbH & Co. KG wurden in vorherigen Geschäftsjahren teilweise abgewertet bzw. durch Rückstellungen abgesichert. Im Berichtsjahr entsprach der Geschäftsverlauf der Gaskraftwerksbeteiligungs GmbH & Co. KG der Planung.

Zwar lassen aktuelle Marktentwicklungen bei der Stromerzeugung darauf schließen, dass eine auf Gas basierende Stromerzeugung zukünftig an Bedeutung gewinnen könnte, zum Berichtstichtag hält die BHAG jedoch an der verminderten Bewertung der Beteiligung an der TOBI Gaskraftwerksbeteiligungs GmbH & Co. KG fest, die gebildete Drohverlustrückstellung konnte erneut teilweise aufgelöst werden.

Aus den Beteiligungen entstanden Erträge in Form von Dividenden der Energieversorgung Schwarze Elster GmbH in Höhe von TEUR 13 (Vorjahr: TEUR 20). Zudem entstanden Erträge aus den an die TOBI Gaskraftwerksbeteiligungs GmbH & Co. KG und die TOBI Windenergie GmbH & Co. KG ausgereichten Gesellschafterdarlehen in Höhe von TEUR 135 (Vorjahr: TEUR 147) bei einer Darlehenshöhe von insgesamt TEUR 2.775 (Vorjahr: TEUR 2.994).

4.4 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Umweltbelange

Die BHAG trägt Verantwortung für die Region und nimmt Rücksicht auf die Bedürfnisse der heutigen Generationen und die der künftigen. Sie setzt sich dafür ein, den Umwelt- und Ressourcenschutz fest zu verwurzeln – für eine lebenswerte und nachhaltig tragfähige Zukunft und verpflichtet sich, Umweltbelastungen möglichst zu vermeiden oder zu reduzieren.

Um diesem Anspruch gerecht zu werden, unterzieht sich die BHAG regelmäßigen Energieaudits, die insbesondere eine Überprüfung bzw. Reduzierung des Energieverbrauchs zum Gegenstand haben. Darüber hinaus wurden im Rahmen eines unternehmensweiten Projektes Vorschläge der Mitarbeiter/innen zur

praktischen Umsetzung des Nachhaltigkeitsgedankens bei der BHAG eingeholt. Viele gute Ideen wurden dabei vorgetragen und gehen nun in die Umsetzung.

Arbeitnehmerbelange

Das tägliche Handeln der BHAG ist durch ökonomische, soziale und ökologische Verantwortung geprägt. Die BHAG setzt auf faire Arbeits- und Vergütungsbedingungen, eine kontinuierliche Personalentwicklung, die Ausgewogenheit zwischen Arbeits- und Privatleben und bietet einen sicheren sowie gesunden Arbeitsplatz. Sie vertraut ihren Mitarbeitern, fördert jeden Einzelnen und lädt dazu ein, das Unternehmen aktiv mitzugestalten. Um die Maßnahmen zielgerichtet zu strukturieren, war für das Jahr 2021 die Erarbeitung eines Personalentwicklungskonzeptes vorgesehen, das u. a. die Themen Personalplanung, Aus- und Weiterbildung, Führungskräfteentwicklung sowie Vielfalt und Chancengleichheit zum Gegenstand haben wird. Der erste Schritt dieser Personalentwicklung ist vollzogen worden und wird in 2022 fortgeführt werden.

Sozialbelange

Als kommunales Unternehmen bekennt sich die BHAG zu einer engen Verknüpfung mit der Region, ihren Einwohnern und ihren Kunden. Die BHAG stärkt die Wirtschaftskraft, sichert Arbeitsplätze, bietet eine leistungsfähige und sichere Infrastruktur und fördert Vereine, Einrichtungen und Veranstaltungen. Im Sinne der Daseinsfürsorge und der regionalen Wertschöpfung erwirtschaftet die BHAG für ihre kommunalen Gesellschafter angemessene Dividenden, die ausschließlich den Haushalten der Städte und Gemeinden und somit den Bürgern zugutekommen und schafft nachhaltigen Mehrwert für Umwelt und Gesellschaft.

III. Vermögens- und Finanzlage

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2021 betrug die Bilanzsumme TEUR 61.284 und lag damit um TEUR 4.441 bzw. 7,7 % über dem Wert des Vorjahres von TEUR 57.383. Die Erhöhung der Bilanzsumme resultierte auf der Aktivseite aus der Erhöhung der Vorräte (+ TEUR 2.572), der Erhöhung der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände (+ TEUR 5.277) sowie aus dem Anstieg des Anlagevermögens (+ TEUR 1.585). Dieser Erhöhung wirken im Wesentlichen die Verringerung der Guthaben bei Kreditinstituten entgegen (- TEUR 4.993).

Der Rückgang der Guthaben bei Kreditinstituten geht einher mit der Reduktion der sonstigen Verbindlichkeiten (-TEUR 1.661) und der überwiegend aufgrund der niedrigen Temperaturen geschuldeten Forderungen aus der Jahresverbrauchsabrechnung (+ TEUR 4.137).

Das ausgewiesene Anlagevermögen in Höhe von TEUR 45.467 (Vorjahr: TEUR 43.882) erhöhte sich um TEUR 1.585 bzw. 3,6 %.

Im Berichtsjahr erfolgten Investitionen in Höhe von TEUR 4.636 (Vorjahr: TEUR 5.130) in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen sowie in Höhe von TEUR 13 in Finanzanlagen. Die Investitionen ins Sachanlagevermögen entfielen im Wesentlichen auf den Bereich der Verteilungsanlagen. Den Investitionen standen Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen in Höhe von TEUR 2.817 (Vorjahr: TEUR 2.670) sowie auf Finanzanlagen in Höhe von TEUR 3 (Vorjahr: TEUR 40), Anlagenabgänge in Höhe von TEUR 2 (Vorjahr: TEUR 57) und Zuschreibungen in Höhe von TEUR 4 (Vorjahr: TEUR 4) gegenüber. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme beträgt 73,5 % (Vorjahr: 76,5 %).

Der Gesellschaft stehen lang- und mittelfristige Eigen- und Fremdmittel in Höhe von TEUR 36.779 (Vorjahr: TEUR 41.054) zur Verfügung. Der Anlagendeckungsgrad beträgt somit 80,9 % (Vorjahr: 93,6 %). Die Veränderung zum Vorjahr resultierte aus einer Erhöhung des Anlagevermögens bei zurückgegangenen lang- und mittelfristigen Eigen- und Fremdmitteln.

Das Eigenkapital - ohne den für die Ausschüttung aus Gewinnrücklagen in Höhe von TEUR 1.560 - betrug TEUR 24.199 und reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr durch die vorgesehene Ausschüttung aus Gewinnrücklagen sowie dem Jahresfehlbetrag um TEUR 6.740. Die daraus hervorgehende Eigenkapitalquote verringerte sich aufgrund des Verlustvortrages bei einer insgesamt gestiegenen Bilanzsumme gegenüber dem Vorjahr von 53,9 % auf 39,1 %.

IV. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2021 wurden Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 61.203 (Vorjahr: TEUR 53.958) erzielt. Dies entspricht einer Steigerung um TEUR 7.245 oder 13,4 %.

In der Sparte Stromversorgung konnten die Umsatzerlöse von TEUR 20.813 auf TEUR 22.274 ausgebaut werden. Dies entspricht einer Erlössteigerung von TEUR 1.461 oder 7 %. Dabei ergibt sich im Bereich Stromvertrieb eine Erlössteigerung von TEUR 1.392, was im Wesentlichen auf um TEUR 301 höhere Erlöse im eigenen Stromnetzgebiet sowie um TEUR 1.275 höhere Erlöse in fremden Netzgebieten zurückzuführen ist, jedoch auch auf um TEUR 192 gestiegene Preisnachlässe.

Die positive Entwicklung der Erlöse konnte überwiegend aufgrund von Absatzsteigerungen erfolgreich durchgesetzt werden, die gelieferten Mengen gingen dabei im eigenen Netz um 0,59 % zurück, dagegen stiegen die in fremde Netze gelieferten kWh um 18,7 % an. Aufgrund des Mengenanstiegs erhöhte sich die Erlöschmälerung durch die für das Geschäftsjahr 2021 abzuführende Stromsteuer um TEUR 103.

Der Stromnetzbetrieb der BHAG liefert mit TEUR 1.911 im Vorjahresvergleich einen um TEUR 186 höheren Erlösbeitrag aus der Berechnung von Netznutzungsentgelten gegenüber fremden Lieferanten.

In der Sparte Gasversorgung sind im Geschäftsjahr 2021 mit TEUR 30.400 um TEUR 5.593 bzw. 22,5 % höhere Umsatzerlöse zu verzeichnen als im Geschäftsjahr zuvor. Diese Erlössteigerung verteilt sich mit einer Höhe von TEUR 4.051 auf den Gasvertrieb sowie TEUR 1.542 auf den Gasnetzbetrieb.

Der seit Jahren anhaltende Trend von Kundenabwanderungen im eigenen Netz konnte durch entsprechende Vertriebsaktivitäten im Jahr 2021 aufgehalten und umgekehrt werden. Die vertrieblischen Erlöse im eigenen Netz weisen einen Zuwachs von TEUR 2.948 aus. Dieser Trend konnte durch zusätzliche Zuwächse in fremde Netze (+TEUR 596) ergänzt werden. Die gestiegenen Beschaffungskosten, vorwiegend durch zu tätige Käufe am Spotmarkt, sorgen ebenfalls für um TEUR 891 gestiegene Erlöse aus Spotmarktverkäufen.

Durch das deutlich kältere Jahr 2021 erhöhte sich der Absatz und somit ebenfalls die Erlösschmälerung durch die für das Geschäftsjahr 2021 abzuführende Energiesteuer um TEUR 356.

Die Erlössteigerung im Gasnetzbereich von TEUR 1.542 entfällt mit einer um TEUR 1.006 höheren Kostenerstattung für die Aufwendungen aus der Marktraumumstellung als im Jahr zuvor von insgesamt TEUR 2.542 nahezu vollständig auf diese Position. Die Netznutzungsentgelte gegenüber fremden Lieferanten erhöhten sich um TEUR 520 auf TEUR 2.913, die jedoch um eine Zuführung zur Rückstellung Regulierungskonto in Höhe von TEUR 791 entsprechend reduziert wurden. Weiterhin sorgte eine Steigerung der Umsatzerlöse aus der Mehrminderungenabrechnung gegenüber fremden Lieferanten von TEUR 559 auf TEUR 823 zur Gesamtsteigerung bei.

Die Umsatzerlöse in den Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 257; die Steigerung der Umsatzerlöse wurde im Bereich Energiedienstleistungen/Contracting (+ TEUR 488) erwirtschaftet, in der Wasserversorgung hingegen reduzierten sich die Umsatzerlöse witterungsbedingt um TEUR 231.

Die sonstigen Umsatzerlöse erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 206 auf TEUR 1.706. Der Anstieg ist im Wesentlichen durch erhöhte Erlöse in den Nebengeschäften zu verzeichnen (+ TEUR 243); hierbei sind im Besonderen die Erlöse aus der zum 01.09.2021 übernommenen Parkraumbewirtschaftung zu benennen, die mit TEUR 115 zu Buche schlagen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich im Vorjahresvergleich um TEUR 1.843 oder 171,3 % auf nunmehr TEUR 2.919. Diese Steigerung ist im Wesentlichen geprägt durch hö-

here Erträge aus der Auflösung von sonstigen Rückstellungen (+ TEUR 1.930).

Der Materialaufwand insgesamt erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 16.735 bzw. 47,2 % auf TEUR 52.164. Innerhalb des Materialaufwandes erhöhten sich sowohl die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe um TEUR 12.094 bzw. 65,7 %, als auch die Aufwendungen für bezogene Leistungen um TEUR 4.641 bzw. 27,3 %.

Der gestiegenen Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe resultierten unter anderem aus den unterjährig stark gestiegenen Gasbezugskosten sowie der Bildung einer Drohverlustrückstellung (+ TEUR 5.843) sowie einer um TEUR 359 höhere Mehrminderungen-Abrechnung. Weiterhin wurde innerhalb der Strombezugskosten die zusätzliche Bildung einer Drohverlustrückstellung erfasst, die als wesentliche Ursache für den Anstieg des Aufwands um TEUR 6.233 beiträgt. Analog zum Rückgang der Strom- und Gaserlöse im Rahmen der TOBI-Beteiligungen sank der dazugehörige Energiebezug um TEUR 36.

Neben den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe stellen sich auch die Aufwendungen für bezogene Leistungen im Vergleich zum Vorjahr auf einem höheren Niveau dar. In diesem Bereich ergab sich eine Steigerung um TEUR 4.641. Im Wesentlichen resultiert der Anstieg aus den bezogenen Leistungen im Zusammenhang mit den Kosten aus der Marktraumumstellung (+ TEUR 1.013), höhere Netznutzungsentgelte fremder Netzbetreiber im Gasvertrieb (+ TEUR 243) sowie im Stromvertrieb (+ TEUR 556), innerhalb des Gasvertriebs die neu eingeführten Emissionszertifikate für den CO²-Preis (+ TEUR 2.581). Zusätzlich kamen im neu übernommenen Geschäftsfeld Parkraumbewirtschaftung erstmals Aufwendungen für Konzessionsentgelt und Fremddienstleistungen in Höhe von TEUR 91 hinzu. Entgegen diesen Erhöhungen sind die Instandhaltungsaufwendungen gesunken (- TEUR 283).

Der Anstieg der Löhne und Gehälter um TEUR 202 bzw. 2,96 % setzt sich aus der zum 1. April 2021 wirksam gewordenen Tarifsteigerung (+ 1,56 %) sowie den alljährlich stattfindenden Höhergruppierungen innerhalb der jeweiligen Entgeltgruppe in Abhängigkeit von der Betriebszugehörigkeit entsprechend den einschlägigen Regelungen des Tarifvertrages Versorgungsbetriebe (TV-V). Der jahresdurchschnittliche Personalbestand der BHAG (ohne Berücksichtigung des Vorstandes) stieg im Vergleich zum Vorjahr mit 115 (Vorjahr 112) leicht an.

Bei den sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung haben sich die Aufwendungen von TEUR 3.156 im Geschäftsjahr 2020 um TEUR 245 bzw. 7,76 % auf TEUR 3.401 im Geschäftsjahr 2021 erhöht. Während sich die sozialen Abgaben im Gleichklang mit den Löhnen und Gehältern entwickelt haben, ist bei den Zuführungen zur Pensionsrückstellung eine nochmals höhere Steigerung als im Vorjahr um TEUR 208 festzustellen.

Aufgrund der anhaltend hohen Investitionstätigkeit erhöhten sich die Abschreibungen im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 148 bzw. 5,5 %.

Nachdem sich die sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Vorjahr um knapp 11 % reduzierten, steigen sie im Berichtsjahr um TEUR 161 bzw. 4,7 % wieder leicht an. Wesentlichen Einfluss auf diese Entwicklung haben die gestiegenen EDV-Kosten (+ TEUR 299), die im direkten Zusammenhang mit dem Upgrade des Warenwirtschaftssystems, dem Aufbau eines Ausfall-Rechenzentrums sowie der Einrichtung eines Workforce-Managements und Vertragsmanagementsystems. Die aus dem erhöhten Forderungsbestand resultierenden Zuführungen zu EWB und PWB (+ TEUR 38), Instandhaltungsaufwendungen (+ TEUR 38) sowie die Schulungs- und Kurskosten (+ TEUR 111) wirkten sich ebenfalls kostenerhöhend aus. Daneben reduzierten sich die Aufwendungen für Abschlussprovisionen um TEUR 114 sowie die Rechts- und Beratungskosten um TEUR 153.

Das negative Finanzergebnis hat sich von -TEUR 187 im Geschäftsjahr 2020 auf TEUR 67 umgekehrt. Im Berichtsjahr kam es zu saldierungsfähigen Zinserträgen aus dem DEKA-Fondsvermögen, die den Zinsaufwand, der im Wesentlichen aus der Aufzinsung aus Rückstellungen entsteht, verringert. Die übrigen Zinserträge aus Ausleihungen von TEUR 135 tragen somit zu einem positiven Finanzergebnis bei.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag verringerten sich um TEUR 660 auf insgesamt TEUR 859. Die Verringerung der Steuern vom Einkommen und vom Ertrag beträgt 43,4 %. Die Steuerentstehung geht nicht einher mit der Entwicklung des Jahresergebnisses, dies liegt im Wesentlichen daran, dass die Bildung der verhältnismäßig hohen Drohverlustrückstellungen nicht in die Steuerberechnung einfließen.

Die sonstigen Steuern stellen sich gegenüber dem Vorjahr unverändert dar.

Die vorgenannten Effekte führen schließlich zu einer deutlichen Reduktion des Jahresüberschusses von TEUR 2.549 im Geschäftsjahr 2020 auf einen Jahresfehlbetrag von TEUR 5.120 im Geschäftsjahr 2021. Dies entspricht einer Verringerung von 300,9 %.

Ertragslage der Tätigkeit Elektrizitätsverteilung gemäß § 6b EnWG

In der Tätigkeit Elektrizitätsverteilung lagen die Umsatzerlöse mit TEUR 8.411 um TEUR 438 bzw. 5,5 % über denen des Vorjahres.

Ursächlich für die Umsatzsteigerung waren insbesondere um TEUR 428 erhöhte Erlöse aus Netznutzungsentgelten (einschließlich Umlagen). Im Berichtsjahr wurden diese gegenüber

dem eigenen Vertrieb in Höhe von TEUR 5.563 (ggü. Vorjahr: +TEUR 242) sowie gegenüber fremden Vertrieben in Höhe von TEUR 1.911 (ggü. Vorjahr: + TEUR 186) zur Abrechnung gebracht.

Es ergab sich jedoch ein erlösmindernder Effekt von TEUR 7 aus dem Rückgang der Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen sowie der Auflösung der empfangenden Ertragszuschüsse.

Als Ergebnis einer Abnahme der mit eigenem Personal durchgeführten aktivierungspflichtigen Investitionsmaßnahmen in das Elektrizitätsverteilernetz im Geschäftsjahr 2021 haben sich die anderen aktivierten Eigenleistungen um TEUR 37 bzw. 31,1 % gegenüber dem Geschäftsjahr 2020 vermindert.

Die sonstigen betrieblichen Erträge reduzierten sich um TEUR 58 bzw. um 65,2 %.

Der Anstieg bei den Materialaufwendungen um TEUR 502 bzw. 11,8 % ist insbesondere auf die in Summe um TEUR 188 erhöhten Aufwendungen aus der Mehr- und Mindermengenabrechnung zurückzuführen. Zudem sind im Vorjahresvergleich der Aufwand aus Umlagen um TEUR 66 bzw. 9,3 % und im Bereich der bezogenen Leistungen die Instandhaltungsaufwendungen um TEUR 126 bzw. 69 % angestiegen.

Die Personalaufwendungen lagen um TEUR 328 bzw. 13,7 % über dem Vergleichswert des Vorjahres. Neben den Löhnen und Gehältern, die um TEUR 198 bzw. 12,1 % anstiegen, haben sich die sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung ebenfalls um TEUR 131 bzw. 17,3 % erhöht.

Aufgrund der anhaltend hohen Investitionstätigkeit haben sich die Abschreibungen im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 96 bzw. 22,0 % erhöht.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen mit TEUR 653 um TEUR 113 bzw. 20,8 % über den Aufwendungen des Vorjahres. Sowohl die Rechtsberatungen, im Hinblick auf die Stromnetzübernahme Unkel haben um TEUR 15 zugenommen, als auch die Kosten der EDV sind um TEUR 73 angestiegen.

Das Finanzergebnis der Elektrizitätsverteilung hat sich um TEUR 55 verbessert. Ursächlich hierfür ist im Wesentlichen der um die Ertragsthesaurierung saldierte Zinsaufwand in Verbindung mit der Aufzinsung von Rückstellungen.

Die vorgenannten Veränderungen bei Erlösen, Erträgen und Aufwendungen haben dazu geführt, dass sich für die Tätigkeit Elektrizitätsverteilung das Ergebnis vor Ertragsteuern von TEUR 467 im Geschäftsjahr 2020 um TEUR 641 auf TEUR - 174 im Geschäftsjahr 2021 verschlechtert hat.

Unter Berücksichtigung des geringeren Ertragssteueraufwandes ergab sich für die Tätigkeit Elektrizitätsverteilung nach einem Jahresüberschuss für das Geschäftsjahr 2020 in Höhe von TEUR 272 nunmehr ein Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 73 für das Geschäftsjahr 2021.

Ertragslage der Tätigkeit Gasverteilung gemäß § 6b EnWG

In der Tätigkeit Gasverteilung lagen die Umsatzerlöse mit TEUR 12.826 um TEUR 2.927 bzw. 29,6 % über denen des Vorjahres. Ursächlich für die Umsatzsteigerung waren insbesondere im Vorjahresvergleich um TEUR 845 gestiegenen Erlöse aus Netznutzungsentgelten sowie eine um TEUR 1.093 höhere Mehr- und Mindermengenabrechnung, die beide der deutlich niedrigeren Temperatur zuzusprechen sind. Daneben haben sich die Erlöse im Zusammenhang mit der Marktraumumstellung um TEUR 1.006 erhöht.

Die Umsatzerlöse aus Netznutzungsentgelten erhöhten sich ggü. dem eigenen Vertrieb um TEUR 869 bzw. 15,7 % auf TEUR 6.422 und gegenüber Fremdvertrieben um TEUR 520 bzw. 21,7 % auf TEUR 2.913. Die Umsatzerlöse aus Kostenerstattungen im Zusammenhang mit der Marktraumumstellung von L-Gas auf H-Gas stiegen um TEUR 1.006 bzw. 65,5 % auf TEUR 2.542 an. Erlösreduzierend wirkte sich dagegen die Zuführung zur Rückstellung des Regulierungskontos (TEUR 791) aus.

Zudem ergab sich ein erlösmindernder Effekt von TEUR 11 aus dem Rückgang der Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen sowie der Auflösung der empfangenden Ertragszuschüsse.

Als Ergebnis einer im Geschäftsjahr 2021 erfolgten Reduktion der mit eigenem Personal durchgeführten aktivierungspflichtigen Investitionsmaßnahmen in das Gasverteilnetz haben sich die anderen aktivierten Eigenleistungen um TEUR 10 bzw. 2,9 % gegenüber dem Geschäftsjahr 2020 reduziert.

Die sonstigen betrieblichen Erträge reduzierten sich um insgesamt TEUR 189 bzw. 85,3 %. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf zurückgegangene Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen zurückzuführen.

Die Materialaufwendungen sind um insgesamt TEUR 1.829 bzw. 39,3 % auf insgesamt TEUR 6.486 angestiegen. Die Steigerung ist im Wesentlichen durch einen Anstieg der bezogenen Leistungen in Verbindung mit der Marktraumumstellung von L-Gas auf H-Gas um TEUR 1.013 bzw. 69,2 % auf TEUR 2.476 verursacht. Die verursachten Kosten tragen, wie bereits ausgeführt, ebenfalls zu einer deutlichen Steigerung der Umsatzerlöse bei.

Zwar reduzierten sich die Kosten der Inanspruchnahme der vorgelagerten Netzebenen um TEUR 32 auf TEUR 1.483. Bei den Aufwendungen aus der Differenzmengenabrechnung (Mehr-/

Mindermengenabrechnung) ergab sich jedoch eine Steigerung im Vorjahresvergleich in Höhe von TEUR 1.078, dieser Anstieg verläuft analog der dazugehörigen Umsatzerlöse im Gasnetz.

Die Personalaufwendungen lagen um TEUR 204 bzw. 6,2 % über dem Vergleichswert des Vorjahres. Bei den Löhnen und Gehältern fand eine Erhöhung der Aufwendungen um TEUR 105 bzw. 4,7 % statt. Daneben entwickelten sich die sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung um TEUR 99 bzw. 9,5% erhöhend.

Aufgrund der anhaltend hohen Investitionstätigkeit haben sich die Abschreibungen im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 12 bzw. 1,1 % erhöht.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen mit TEUR 1.001 um TEUR 104 bzw. 11,6 % über den Aufwendungen des Vorjahres. Damit folgt die Entwicklung der Tätigkeit Gasverteilung jener des Gesamtunternehmens. Wesentlichen Einfluss auf die Steigerung haben die Beratungsleistungen im Hinblick auf die Marktraumumstellung sowie die Zunahme der EDV-Kosten.

Das Finanzergebnis der Gasverteilung hat sich um TEUR 77 deutlich verbessert. Ursächlich hierfür ist im Wesentlichen der um die Ertragsthesaurierung saldierte Zinsaufwand in Verbindung mit der Aufzinsung von Rückstellungen.

Die vorgenannten Effekte haben bewirkt, dass das Ergebnis vor Ertragsteuern der Gasverteilung des Geschäftsjahres 2021 mit TEUR 1.072 um TEUR 655 über dem Vorjahresergebnis liegt. Unter Berücksichtigung des Ertragssteueraufwandes ergab sich für die Tätigkeit Gasverteilung nach einem Jahresüberschuss für das Geschäftsjahr 2020 in Höhe von TEUR 226 nunmehr ein Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 423 für das Geschäftsjahr 2021.

V. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

1. Risikobericht

Erläuterung des Risikomanagementsystems

Risiken führen bei deren Eintreten zu negativen Abweichungen des Unternehmensergebnisses von den geplanten Werten.

Unser Risikomanagementsystem (RMS) ist so ausgelegt, dass wir Risiken frühzeitig erkennen können. Wenn möglich verringern wir bestehende Risiken, schließen diese aus oder geben diese an Dritte (z. B. Versicherungen) weiter. Hierzu entwickeln wir geeignete Maßnahmen und überwachen deren Umsetzung.

Der Vorstand bestimmt die Risikopolitik des Unternehmens und legt die Prozesse und Zuständigkeiten innerhalb des RMS fest. Der Vorstand delegiert die Aufgaben des RMS an den Risikomanagementbeauftragten sowie die Risikoverantwortlichen.

Der Risikomanagementbeauftragte verantwortet die Aufrechterhaltung der Prozesskette des RMS. Ihm obliegt es u.a., in den definierten Zyklen die Aktualisierung der Risiken und Maßnahmen durch die Risikoverantwortlichen zu überwachen und ggf. einzufordern.

Aufgabe der Risikoverantwortlichen ist die Identifizierung und Anzeige, die Bewertung und Steuerung von Risiken in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich.

Vorstand und Aufsichtsrat erhalten in regelmäßigen Abständen Risikoreports, in denen die jeweils aktuelle Risikosituation der BHAG einschließlich der Steuerungsmaßnahmen dargestellt wird. Treten kurzfristig signifikante Risiken auf, wird dies umgehend an den Vorstand berichtet, der wiederum den Aufsichtsrat in angemessenem Umfang informiert.

Im Geschäftsjahr 2021 erfolgten zwei Risikokomiteesitzungen, an denen neben dem Vorstand und dem Risikomanagementbeauftragten die Risikoverantwortlichen teilgenommen haben. In diesem Rahmen werden die identifizierten Risiken, deren Bewertung sowie die definierten Steuerungsmaßnahmen evaluiert und bedarfsweise angepasst bzw. fortgeschrieben.

Darstellung der Risikosituation

Nachfolgend stellen wir die Risikosituation der BHAG im Berichtszeitraum 2021 dar. Wir ordnen dabei Risiken in Kategorien ein, die sich aus der Organisationsstruktur des Unternehmens ableiten. Eine Erläuterung zu wesentlichen Risiken erfolgt innerhalb dieser Kategorien.

Allgemeine Risiken

Wir beobachten die Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen und der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung sorgfältig. Risiken, welche sich aus gesetzgeberischen oder konjunkturellen Tendenzen sowie aus grundlegenden Änderungen des Nachfrageverhaltens ergeben, werden so frühzeitig erkannt und ermöglichen eine Berücksichtigung in der Unternehmenssteuerung und -planung.

Zunehmend in den Fokus geraten die politischen Bestrebungen zur Dekarbonisierung; hierbei insbesondere die Zukunft der Erdgasversorgung. Zur Behandlung des Themas prüft die BHAG Möglichkeiten der Kooperation mit anderen Stadtwerken. Hinsichtlich der Unsicherheiten, die Refinanzierung unseres Erdgasnetzes betreffend, stehen wir in Kontakt mit Beratern, dem Abschlussprüfer sowie der Bundesnetzagentur als Regulierungsbehörde.

Auch im zweiten Corona-Jahr konnten wir die besonderen Herausforderungen durch die SARS-CoV-2-Pandemie erfolgreich bewältigen. Um unsere Mitarbeiter zu schützen und gleichzeitig die betrieblichen Abläufe sicherzustellen, wurden unsere Personalschutzkonzepte weiter verstärkt und die digitalen Lösungen für Zusammenarbeit und Kommunikation weiter ausgebaut.

Dem erhöhten Zahlungsausfallrisiko sind wir mit einem angemessenen Monitoring unserer Kundenforderungen und individuellen Maßnahmen unseres Forderungsmanagements weiterhin erfolgreich begegnet.

Im Sinne einer guten Unternehmensführung wurden Projekte zur Implementierung eines Compliance-Management-Systems sowie zur softwaregestützten Neugestaltung und Überarbeitung des Management-Handbuchs der BHAG initiiert.

Unternehmensbeteiligungen

Risiken, welche sich aus negativen Geschäftsverläufen unserer Beteiligungsgesellschaften ergeben, treten wir mit Maßnahmen eines Beteiligungscontrollings entgegen. Veränderungen in der Werthaltigkeit der Beteiligungsansätze bzw. langfristig defizitäre Geschäftsbeziehungen aufgrund bestehender Verträge begegnen wir mit Bewertungskorrekturen bzw. der Bildung von Rückstellungen in unseren Jahresabschlüssen. Bedeutsame Veränderungen gegenüber der Vorperiode haben sich nicht ergeben.

Vertrieb und Beschaffung

Das Jahr 2021 war an den Strom und Gasmärkten ein ungewöhnlich turbulentes Jahr. Getrieben durch die weltweite wirtschaftliche Erholung von den Folgen der Corona-Pandemie erhöhte sich die globale Energienachfrage. Die Beschaffungspreise stiegen entsprechend an. Verstärkt wurde dieser Preistrend im letzten Quartal 2021 durch den sich abzeichnenden geopolitischen Konflikt in Osteuropa. Hinzu kam insbesondere im Gasbereich, dass das Jahr 2021 ein überdurchschnittlich kaltes Jahr war, wodurch sich die Abnahmemengen zusätzlich erhöht haben und die Bezugspreise abermals anstiegen.

Trotz langfristiger Beschaffungsstrategien wurden infolge der gestiegenen Gas-Nachfrage Zukäufe am Kurzfristmarkt zu deutlich höheren Preisen erforderlich. Die höheren Beschaffungskosten konnten bei laufenden Absatzverträgen nicht unmittelbar weitergegeben werden. Eine Belastung unseres Geschäftsergebnisses war die Folge.

Da eine Trendumkehr bei der Preis- und Mengenentwicklung nicht erkennbar war, haben wir die Kontakte zu unseren Beschaffungsdienstleistern intensiviert, um kurzfristig auf Marktveränderungen reagieren zu können. Zudem haben wir eine risiko-adäquate Anpassung (Reduzierung) der Spotmarktquoten bei der Erdgasbeschaffung vorgenommen.

Die Verwerfungen an den Beschaffungsmärkten führten zu Insolvenzen konkurrierender Strom- und Gasversorgern; insbesondere aus dem Discount-Segment.

In unserem Grundversorgungsgebiet sind die Kunden dieser Versorger im Wege der Ersatzversorgung durch die BHAG weiter zu beliefern. Es entsteht spontan zusätzlicher Bedarf an Energie, der nicht prognostiziert und nicht beschaffungsseitig eingedeckt ist. Der Ausgleich erfolgt am Kurzfristmarkt zu deutlich höheren Preisen als unserer Tarifkalkulation zugrunde gelegt, was zu Kostenunterdeckung in diesem Tarifsegment führen kann.

Als Reaktion darauf bietet die BHAG für zusätzliche Nachfrage an Strom und Gas in der Grund- und Ersatzversorgung gesonderte Preise an, die der geänderten Beschaffungspreissituation Rechnung tragen.

Über signifikante Absatzeinbußen infolge der Corona-Krise ist hingegen nicht zu berichten. Gleiches gilt für nennenswerte realisierte Forderungsausfallrisiken, was nicht zuletzt auf ein professionelles und agiles Forderungsmanagement zurückzuführen ist.

Im Bereich der Energiebeschaffung ist durch die Beschaffungsstrategie der nivellierten Beschaffung im SLP-Bereich bzw. der back-to-back-Beschaffung bei RLM-Kunden Ziel die Preisrisiken zu reduzieren. Wesentliches Element zur Risikoabwehr ist das Beschaffungshandbuch. Es wurden interne Vorgänge bekannt, wonach der Energieeinkauf in größerem Umfang nicht im Einklang mit den bestehenden Beschaffungsstrategien getätigt wurde. Aufgrund der stetig steigenden Marktpreise ist ein hoher finanzieller Schaden entstanden, der über die Bildung von Drohverlustrückstellungen abgebildet wurde.

Finanzen und Regulierung

Die fortwährend sinkenden Zinssätze zur Abzinsung von langfristigen Rückstellungen führen zu Belastungen der Ertragslage unseres Unternehmens. Da die Ermittlung und Anwendung dieser Zinssätze gesetzlich vorgeschrieben sind, bestehen hier nur sehr begrenzt Möglichkeit der Einflussnahme.

Unsicherheiten an den Finanzmärkten wirken sich unmittelbar auf die Kursentwicklung des von der BHAG gehaltenen Deka-Fondsvermögens, das für Zwecke der Insolvenzversicherung von Altersvorsorgeverpflichtungen gehalten wird, aus. Eine konservative Anlagestrategie und eine Überwachung der unterjährigen Entwicklung begrenzen die hiermit verbundenen Risiken.

Die Zinssätze zur Verzinsung des Eigenkapitals in den regulierten Netzbereichen (Strom/Gas) werden durch die Bundesnetzagentur (BNetzA) allgemeinverbindlich festgelegt. Die Festlegung für die Eigenkapitalverzinsung für die kommende 4. Regulierungsperiode (ab 2023 Gas/2024 Strom) wurde am 20. Oktober 2021 veröffentlicht. Es zeigt sich, dass die Behörde an ihrer bisherigen

Ermittlungs- und Festlegungspraxis festhält, was sich in absinkenden Eigenkapitalzinssätzen und damit in einer weiterhin rückläufigen Renditesituation in den Bereichen Strom- und Gasnetz ausdrückt.

Wie viele andere Netzbetreiber beurteilt die BHAG das Vorgehen der BNetzA als rechtswidrig und hat im Rahmen einer Prozesskostengemeinschaft Beschwerde bei dem OLG Düsseldorf eingelegt.

Wir nehmen weiterhin eine zunehmend rigide behördliche Regulierungspraxis bei den Verfahren zur Bestimmung der Erlösobergrenzen wahr. Es besteht das Risiko, dass uns im Rahmen von regulatorischen Antragsverfahren ertragswirksame Positionen nicht oder nicht vollständig anerkannt werden.

Im Rahmen der Absicherung unserer Handelsgeschäfte am Spotmarkt durch die Gestellung von Sicherheiten kann es zu finanziellen Ausfallrisiken kommen. Maßnahmen zur Minderung dieser Hinterlegungen bzw. Möglichkeiten zu deren Sicherung wurden eingeleitet.

Personal

Unsere hochqualifizierten und engagierten Mitarbeiter sind die Basis für unseren Unternehmenserfolg. Um die für uns richtigen Mitarbeiter zu gewinnen und sie langfristig an uns zu binden, nutzen wir eine Vielzahl von Maßnahmen.

Risiken können sich jedoch ebenfalls im Personalbereich ergeben. Insbesondere könnte der bevorstehende demografische Wandel zu Kapazitäts- und Alterungsrisiken führen. Der Abgang von Schlüsselpersonal könnte zudem die betrieblichen Abläufe stören. Auf Grund der fehlenden Verfügbarkeit qualifizierter Bewerber sind verstärkt zeitliche und finanzielle Ressourcen bei der Personalbeschaffung aufzuwenden (Fachkräftemangel).

Um Fehlentwicklungen entgegen zu treten, setzen wir Maßnahmen des Personalmarketings, der Personalplanung und Personalentwicklung ein. Vertretungsregelungen und Wissenstransfer innerhalb der organisatorischen Einheiten sind bei uns obligatorisch.

Informations- und Kommunikationstechnik

Eine sichere Speicherung von Daten sowie eine unterbrechungsfrei funktionierende Informationstechnologie sind für nahezu alle unsere Geschäftsprozesse unabdingbar. Wir legen daher großen Wert darauf, unsere IT-Infrastruktur und IT-Systeme systematisch vor nicht vorsätzlichen Gefährdungen und vorsätzlichen Handlungen sowie möglichen Angriffen Dritter zu schützen.

Unsere IT-Risiken verringern wir fortlaufend, indem wir umfangreiche technische und organisatorische Maßnahmen umsetzen. Wir verwenden Sicherheitssysteme und vergeben Zugriffsberechtigungen auf Systeme und Informationen nur restriktiv.

Alle unsere wesentlichen Hardwarekomponenten sind redundant ausgelegt. Daten spiegeln wir permanent zwischen den produktiven und den räumlich getrennten Backup-Systemen.

Maßnahmen zur Aufrechterhaltung eines hohen Schutzniveaus werden im Rahmen unseres zertifizierten Informationssicherheits-Managementsystems nach DIN ISO 27001 (ISMS) jährlich im Rahmen von jeweils einem internen und einem externen Audit geprüft. Alle drei Jahre erfolgt zudem ein vollständiger Re-Zertifizierungsprozess. Das letzte Zertifizierungsaudit wurde am 27. Mai 2021 erfolgreich abgeschlossen. Das von der akkreditierten Zertifizierungsstelle ausgestellte Zertifikat datiert auf den 9. Juli 2021 und ist gültig bis zum 8. Juli 2024.

Für das Jahr 2021 ist über signifikante Beeinträchtigungen oder Vorfälle im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik nicht zu berichten.

Technik

Die bestehenden Netzkonzessionen stellen für unser Unternehmen eine wesentliche Geschäftsgrundlage dar. Der Verlust von Konzessionen nach Auslaufen der Vertragsdauer hätte bedeutsame Auswirkungen auf die Ertragslage und den Geschäftsbetrieb der BHAG.

Großen Wert legen wir auf eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Kommunen; so schaffen wir die Grundlage für eine Verlängerung bestehender Konzessionen und steigern unsere Chancen, neue Konzessionen zu gewinnen.

Der Betrieb von Anlagen zur Versorgung unserer Kunden mit Strom, Gas und Wasser bringt wesentliche operative Unsicherheiten mit sich. Technische Störungen im Anlagenbetrieb können zu Lieferunterbrechungen führen.

Im Zusammenhang damit könnten zudem weitere finanzielle Aufwendungen nötig werden, zum Beispiel für die Reparatur von Anlagen und für Vertragsstrafen. Die Corona-Pandemie bringt zusätzliche Herausforderungen in der Betriebsorganisation mit sich.

Um die Anlagenverfügbarkeit sicherzustellen, sorgen wir mit unterschiedlichsten Maßnahmen vor. Durch regelmäßige Wartungs- und Überwachungsmaßnahmen setzen wir alles daran, Anlagenausfälle und die möglichen Folgerisiken zu minimieren. So werden wir zudem unserem Anspruch als zuverlässiger Versorger gerecht und vermeiden Risiken für unsere Reputation. Gänzlich ausschließen lassen sich Ausfälle jedoch nicht.

Zu weiteren Optimierung der Versorgungs- und Betriebssicherheit sowie der Aufbau- und Ablauforganisation wurde ein Projekt zur Ausprägung eines Technischen Sicherheitsmanagements (TSM) aufgelegt.

Gesamtbeurteilung des Vorstands

Über die bekannten geschäftsimmanenten Unsicherheiten hinaus stand insbesondere der Umgang mit den Risiken aufgrund der extremen Verwerfungen am Beschaffungsmarkt für Erdgas und Strom im Fokus unseres Handelns.

Bei den geschäftsfeldübergreifenden Herausforderungen und Risiken der Corona-Pandemie haben sich die von uns ergriffenen Maßnahmen als geeignet und wirksam erwiesen.

Wir beobachten eine weiterhin rückläufige Renditesituation in den regulierten Netzen durch entsprechende Festlegungen der Bundesnetzagentur. Wegen erkannter Rechtswidrigkeit haben wir hiergegen Rechtsmittel eingelegt.

Die jüngsten energie- und klimapolitische Entwicklungen werden erhebliche Auswirkungen auf unser Geschäftstätigkeit haben. Wir rechnen insgesamt damit, dass unsere Branche weiterhin tiefgreifenden Veränderungen ausgesetzt sein wird und dass die Rahmenbedingungen mit Unsicherheiten behaftet bleiben.

Insbesondere der Ukraine-Krieg bringt große Unsicherheiten hinsichtlich der Versorgungslage mit Energieträgern hervor und wird aus unserer Sicht mittel- und langfristig die Entwicklung der Technologien und Märkte der Energiewirtschaft nachhaltig prägen.

Unmittelbar vor Augen haben wir die Szenarien des nationalen Notfallplans Gas, welcher von uns in Abhängigkeit der geltenden Krisenstufe Reaktionen bis hin zur Umsetzung hoheitlich Maßnahmen der Begrenzung von Ausspeisungen verlangt. Als nicht unrealistisch sehen wir den Ausfall von Erdgas-Vorlieferanten infolge von Handelsverboten o.ä. an. Wir prüfen dahingehend die Risikosituation unseres Beschaffungsportfolios. Des Weiteren sehen wir das Risiko von gestörten Lieferketten bei Materialien z. B. für den Rohrnetz- /Leitungsbau; wir bauen zusätzliche Bestände von als kritisch erkannten Materialien auf. Zudem veranlasst uns die gegebene Situation, unsere Maßnahmen zur Risikoabwehr in den Bereichen „Forderungsmanagement“ und „Cyber-Security“ zu intensivieren.

Wir beobachten alle relevanten Entwicklungen intensiv und achten darauf, dass unser Chancen- /Risikoprofil ausgewogen bleibt. Risiken, die den Fortbestand der BHAG gefährden, sind weder im Geschäftsjahr 2021 eingetreten noch für das Geschäftsjahr 2022 erkennbar.

2. Chancenbericht

Die Marktlage ist aufgrund der anhaltenden Preisentwicklung sehr positiv für die Bad Honnef AG. Der langjährig stark umkämpfte Bereich der Energieversorgung hat sich entspannt, da

viele Vertriebe ihren Absatz eingestellt haben. Auch Kunden, die früher direkt nach Einzug zu fremden Lieferanten gewechselt sind, verharren aktuell in der Grundversorgung, da ein Wechsel keine wirtschaftlichen Vorteile mehr mit sich bringt. Die BHAG ist bestrebt, einen Großteil der Kunden in längerfristige Verträge zu überführen, sobald sich die Marktlage entspannt, könnte das eine große Chance mit sich bringen.

Zudem bietet der anhaltende Zuzug nach Bad Honnef, in die Verbandsgemeinde Unkel sowie in die Konzessionsgebiete im Westerwald weiterhin Potenzial zur Gewinnung von Neukunden.

Der Betrieb von Strom- und Gasnetzen ist nach wie vor ein risikoarmes Geschäft, wenngleich mit sich abschwächenden Renditeerwartungen. Der regulatorische Rahmen macht Investitionen zwar weniger attraktiv, der Zugewinn von Netzen vor Ort bietet jedoch für die BHAG wesentlich mehr Chancen als Risiken, da sie zur Fixkostendegression im Netzbetrieb beiträgt und auch die Unterhaltungskosten können durch gemeinsamen Betrieb möglichst vieler Sparten in einem Gebiet durch Effizienzeffekte gesenkt werden. Hierzu ist die BHAG mittlerweile in konkreten Übernahmeverhandlungen zwecks der gewonnenen Ausschreibung des Stromnetzes in Unkel.

Die Wasserversorgung ist nicht reguliert, unterliegt aber der kartellamtlichen Preiskontrolle. Langfristig wird die Wasserversorgung eine stabile und wichtige Ertragssäule bilden. Zudem hat Trinkwasser in Deutschland einen hohen Stellenwert und sorgt für ein positives Image der BHAG. Aufgrund der steigenden Aufwendungen und notwendigen Investitionen beabsichtigt die BHAG spätestens zum 01.07.2022 eine Preisanpassung, um die Versorgungssicherheit und Qualität nachhaltig gewährleisten zu können.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien und Elektromobilität trägt nicht nur zum Klimaschutz bei, sondern bewirkt ebenso eine stärkere Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen und deren Lieferanten und werden von der BHAG forciert.

Aufgrund des Ukraine-Konflikts und dessen Auswirkungen auf die Gasversorgung könnte ggf. eine Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken diskutiert werden, was u. U. zu Entspannungen bei der Preisbildung beitragen könnte.

Es werden gezielt Projekte zur Entwicklung einer ökologischen Quartiers- oder Arealversorgung sowie eine Ausweitung der Angebote bei Nahwärme und Elektromobilität verfolgt, um die wachsenden Marktchancen in diesem Bereich konsequent zu nutzen. Zudem werden aktuell Projektschritte zum Bau eines Solarparks vor Ort erfolgsversprechend verfolgt.

Nach den bislang positiven Erfahrungen im Bereich der teilweise übernommenen Parkraumbewirtschaftung von Bad Honnef prüft die BHAG auch hier das Potential für die Bewirtschaftung zusätzlicher Flächen.

Viele Gasnetzbetreiber beschäftigten sich aktuell intensiv mit der Frage nach der Weiterverwendung der Netze im Zusammenhang mit der Dekarbonisierungsdebatte mit Wasserstoff. Auch die BHAG hat es sich im Rahmen einer Strategiesitzung zur Aufgabe gemacht, neue Geschäftsfelder bzw. Optimierungen genauestens zu prüfen.

Weitere Chancen können sich durch den Aufbau und den Betrieb eines LORA-WAN-Netzwerkes ergeben, da dessen Einsatz viele Optimierungspotentiale sowie eine erhöhte Sicherheit für den eigenen Netzbetrieb mit sich bringt, jedoch auch zusätzliche Kundennutzen stiften könnte.

Die BHAG hat derzeit trotz erheblicher Herausforderungen und starkem Änderungsbedarf ihrer Prozesse und Strukturen gute Chancen, durch ihr Angebot in der Region zu wachsen und wird diese wahrnehmen.

In Abwägung der Chancen und Risiken plant die Gesellschaft im kommenden Jahr mit einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 1.142.

Bad Honnef AG, 30.03.2022

Dipl.-Ing. Kersten Kerl
Der Vorstand



Kersten Kerl und
Stephan Reuter
im Neubau der BHAG

Bilanz

Bad Honnef Aktiengesellschaft

Bilanz zum 31. Dezember 2021

Aktiva	31.12.2021 EUR	31.12.2020 EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	240.007,00	148.972,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	5.779.863,81	5.500.996,81
2. Technische Anlagen und Maschinen	33.513.305,39	30.738.841,51
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.103.473,00	1.205.616,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	956.084,15	2.181.412,42
	41.352.726,35	39.626.866,74
III. Finanzanlagen		
1. Beteiligungen	932.093,11	932.093,11
2. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2.775.089,39	2.993.538,00
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	511,29	511,29
4. Sonstige Ausleihungen	166.075,29	179.804,32
	3.873.769,08	4.105.946,72
	45.466.502,43	43.881.785,46
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	3.212.744,08	640.617,37
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	8.525.827,10	4.388.411,22
2. Sonstige Vermögensgegenstände	4.170.478,79	3.031.150,68
	12.696.305,89	7.419.561,90
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	447.962,56	5.441.386,73
	16.357.012,53	13.501.566,00
	61.823.514,96	57.383.351,46

Passiva	31.12.2021 EUR	31.12.2020 EUR
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	10.000.000,00	10.000.000,00
II. Gewinnrücklagen		
1. Gesetzliche Rücklage	1.000.000,00	1.000.000,00
2. Andere Gewinnrücklagen	19.879.000,00	18.890.000,00
	20.879.000,00	19.890.000,00
III. Jahresfehlbetrag/ -überschuss	-5.120.000	2.549.000,00
	25.759.000,00	32.439.000,00
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	6.355.905,66	5.982.655,56
C. Empfangene Ertragszuschüsse	12.225,00	55.012,00
D. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	4.099.375,31	2.344.489,18
2. Steuerrückstellungen	1.156.056,57	758.204,33
3. Sonstige Rückstellungen	16.433.806,50	7.690.052,94
	21.689.238,38	10.792.746,45
E. Verbindlichkeiten		
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	57.520,00	583,00
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.883.059,71	2.385.790,89
3. Sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern: EUR 884.003,99 (Vorjahr: EUR 88.991,69) davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 30.411,04 (Vorjahr: EUR 28.511,82)	4.066.566,21	5.727.563,56
	8.007.145,92	8.113.937,45
	61.823.514,96	57.383.351,46

Gewinn- und Verlustrechnung

Bad Honnef Aktiengesellschaft

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021

	2021 EUR	2020 EUR
1. Umsatzerlöse	61.202.694,43	53.957.728,49
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	592.308,96	770.757,76
3. Sonstige betriebliche Erträge	2.919.120,77	1.076.238,22
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	30.496.983,61	18.402.949,03
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	21.666.700,14	17.025.341,57
	52.163.683,75	35.428.290,60
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	7.045.709,19	6.843.434,49
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: EUR 2.155.526,33 (Vorjahr: EUR 1.932.692,16)	3.401.277,98	3.156.392,08
	10.446.987,17	9.999.826,57
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.817.062,05	2.669.537,82
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.584.442,98	3.422.127,50
8. Erträge aus Beteiligungen	12.500,00	20.000,00
9. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	137.210,82	149.243,81
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7.849,78	37.736,16
11. Abschreibungen auf Finanzanlagen	3.306,27	39.946,71
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon aus Aufzinsung Rückstellungen: EUR 79.297,67 (Vorjahr: EUR 346.171,45)	86.997,67	354.074,16
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	859.477,48	1.519.480,62
14. Ergebnis nach Steuern	-5.090.272,61	2.578.420,46
15. Sonstige Steuern	29.727,39	29.420,46
16. Jahresfehlbetrag/-überschuss	-5.120.000,00	2.549.000,00

Unser Team Materialwirtschaft

Stefan
Wallbröhl

Manuel
Sancho-Polo

Mike
Boche



Unsere Teams

Meike
Schnell



Markus
Schmidt



Julia
Friedl



Philipp
Reusch



Luca
Gierden



Sascha
Schulz



Wolfgang
Lorenzini



Petra
Arens-
Weusten-
feld



Timo
Huferath



Manfred
Paffhausen



Philipp
Kramp



Christiane
Rasch



Frank
Deubner



Regulierung/Recht

Messstellenbetrieb & Leittechnik

Vermessung/GIS

Anhang

I. Angaben zum Jahresabschluss

- A. Allgemeine Angaben zu Inhalt und Gliederung des Jahresabschlusses
- B. Erläuterungen zur Bilanz
- C. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

II. Sonstige Angaben

- A. Abschlussprüferhonorare
- B. Organe, Organkredite und Aufwendungen für Organe
- C. Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Arbeitnehmer
- D. Gewinnverwendungsvorschlag
- E. Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind

I. Angaben zum Jahresabschluss

A. Allgemeine Angaben zu Inhalt und Gliederung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 der Bad Honnef Aktiengesellschaft (BHAG) wurde auf der Grundlage der Rechnungslegungsvorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches und der ergänzenden Bestimmungen des Aktiengesetzes sowie der ergänzenden Bestimmungen des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) erstellt. Die Gliederung des Jahresabschlusses erfolgt nach den Vorschriften §§ 266 ff. HGB.

Soweit für Pflichtangaben Wahlrechte bestehen, diese in der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang darzustellen, sind diese aus Gründen der Übersichtlichkeit im Anhang dargestellt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB gegliedert.

Die Ausweisstetigkeit wurde grundsätzlich gewahrt, ein grundlegender Bewertungswechsel gegenüber dem Vorjahr fand nicht statt.

B. Erläuterungen zur Bilanz

Bilanzierungswahlrechte wurden nicht in Anspruch genommen.

Anlagevermögen

Die Summe der Bruttowerte (kumulierte Anschaffungs- und Herstellungskosten) und der kumulierten Abschreibungen je Anlageposten sowie die Zugänge und Abgänge des Berichtsjahres ergeben sich aus dem Anlagegitter. Ebenso sind dem Anlagegitter die Abschreibungen des Geschäftsjahres zu entnehmen.

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände

Bei den entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenständen handelt es sich insbesondere um Softwarelizenzen. Sie werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten zuzüglich Anschaffungsnebenkosten abzüglich Abschreibungspreisminderungen aktiviert. Die planmäßigen Abschreibungen werden nach der linearen Methode vorgenommen. Die für Zugänge ab dem Geschäftsjahr 2009 zugrunde gelegte Nutzungsdauer für Softwarelizenzen beträgt drei Jahre und ist damit identisch mit der unteren Grenze der Nutzungsdauer gemäß Anlage 1 zur StromNEV bzw. GasNEV.

Sachanlagen

Die entgeltlich erworbenen Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten zuzüglich Anschaffungsnebenkosten abzüglich Anschaffungs-

preisminderungen aktiviert. Hergestellte Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens werden auf Einzelkostenbasis zuzüglich angemessener Gemeinkostenzuschläge, soweit diese für die Herstellung notwendig sind, bewertet. Fremdkapitalzinsen sind nicht in die Herstellungskosten einbezogen.

Für bis zum Geschäftsjahr 2008 zugegangene, abnutzbare Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens werden die Abschreibungsmethode und die Abschreibungssätze der Vergangenheit beibehalten; sie entsprechen den steuerlichen Vorschriften.

Zugänge ab dem Geschäftsjahr 2009 werden ausschließlich linear unter Zugrundelegung der unteren Grenze der Nutzungsdauer abgeschrieben, wie sie sich für die jeweilige Anlagegruppe aus der Anlage 1 zur StromNEV bzw. GasNEV ergibt. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungs-/Herstellungskosten, die EUR 1.000 nicht überschreiten, werden im Jahr ihres Zugangs voll abgeschrieben.

Voraussichtlich dauernden Wertminderungen, die über den nutzungsbedingten Werteverzehr hinausgehen, wird im Bedarfsfall durch außerplanmäßige Abschreibungen Rechnung getragen.

Die Zugänge des Berichtsjahres bei den entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenständen und bei den Sachanlagen in Höhe von TEUR 4.636 verteilen sich auf die Sparten wie folgt:

	TEUR
Elektrizitätsverteilung	733
Andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors	137
Gasverteilung	2.286
Andere Tätigkeiten innerhalb Gassektors	76
Trinkwasserversorgung	824
Andere Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors	580
	4.636

Finanzanlagen

Die Bewertung des Finanzanlagevermögens erfolgt grundsätzlich zu Anschaffungskosten, Ausleihungen werden mit ihren Nennbeträgen angesetzt. Wertminderungen wird im Bedarfsfall durch angemessene Wertberichtigungen Rechnung getragen.

Im Geschäftsjahr 2014 erfolgte eine vollständige Abschreibung der gehaltenen Beteiligung an der TOBI Gaskraftwerksbeteiligungs GmbH & Co. KG (TOBI Gas) in Höhe von TEUR 576. Entsprechende Ertragswertermittlungen ergaben, dass der beizulegende Wert der Beteiligung als voraussichtlich dauerhaft negativ zu bewerten ist.

Auf der Grundlage vertraglicher Verpflichtungen erfolgten zuletzt im Geschäftsjahr 2015 Zahlungen von insgesamt TEUR 40 (Rücklagenaufstockung) in das Eigenkapital der TOBI Gas. Die Stichtagsbewertung der Beteiligung zum 31. Dezember 2015 machte eine vollständige Abschreibung der geleisteten Rücklagenaufstockung erforderlich.

Ergebnis der Bewertung zum Berichtsjahresstichtag ist, dass der aus dem Ertragswert der TOBI Gas abgeleitete beizulegende Wert der Beteiligung weiterhin als voraussichtlich dauerhaft negativ zu beurteilen ist.

Im Geschäftsjahr 2016 erfolgte eine anteilige Abschreibung der gehaltenen Beteiligung an der TOBI Windenergie GmbH & Co. KG (TOBI Wind) in Höhe von TEUR 589 auf einen aus dem Ertragswert abgeleiteten, dauerhaft niedrigeren beizulegenden Wert.

Im Geschäftsjahr 2019 erfolgte eine anteilige Abschreibung der gehaltenen Beteiligung an der TOBI Windenergie GmbH & Co. KG (TOBI Wind) in Höhe von TEUR 589 auf einen aus dem Ertragswert abgeleiteten, dauerhaft niedrigeren beizulegenden Wert.

Die unter den Finanzanlagen ausgewiesenen zinslosen Ausleihungen sind mit ihrem Barwert bilanziert.

Vorräte

Der Vorratsbestand setzt sich aus Reparaturmaterialien sowie Materialien für den Leitungsbau zusammen.

Die Bewertung erfolgt zu Anschaffungskosten einschließlich Nebenkosten abzüglich Preisnachlässen, die unter Beachtung des Niederstwertprinzips nicht über den Wiederbeschaffungskosten am Bilanzstichtag liegen.

Zu Beginn des Berichtsjahres ist erstmalig ein CO²-Preis bei der Lieferung von Gas an Letztverbraucher eingeführt worden. Die hierfür zu erwerbenden Zertifikate sind zum Bilanzstichtag unter den Vorräten zu aktivieren. Die Entwertung der Zertifikate erfolgt im Folgejahr. Der Bestand an Zertifikaten entspricht den beschafften Zertifikaten bewertet zu deren Anschaffungs- und Herstellungskosten.

Forderungen und sonstige Aktiva

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gehen im Wesentlichen aus dem Energie- und Wasserverkauf hervor. Die Bewertung erfolgt zum Nennwert.

Dem allgemeinen Kreditrisiko sowie dem internen Zinsverlust wird durch eine Pauschalwertberichtigung des um die einzelwertberichtigten Forderungen bereinigten Nettoforderungsbestandes und zweifelhaften Forderungen durch angemessene Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen.

Der Ansatz der sonstigen Vermögensgegenstände erfolgt zu Nennwerten.

Die Restlaufzeiten der Forderungen und der Sonstigen Vermögensgegenstände betragen – wie bereits im Vorjahr – im Berichtsjahr ausnahmslos bis zu einem Jahr.

Forderungen gegen Gesellschafter bestehen nicht (im Vorjahr TEUR 0).

Der Bestand an liquiden Mitteln wird mit Nominalwerten bewertet.

Eigenkapital

Gezeichnetes Kapital

Das Grundkapital beträgt TEUR 10.000 und ist eingeteilt wie folgt:

Aktien	Anzahl Stck.	Nennwert EUR	Gesamt EUR
Namensaktien	4.798	1.000,00	4.798.000,00
Namensaktien	9.616	520,00	5.000.320,00
Namensaktien	19	100,00	1.900,00
Namensaktien	3.840	52,00	199.680,00
Namensaktien	10	10,00	100,00

Gewinnrücklagen

Auf Beschluss der Hauptversammlung vom 25. August 2021 wurde vom Jahresüberschuss des Vorjahres im Geschäftsjahr 2021 ein Teilbetrag in Höhe von TEUR 1.560 an die Aktionäre ausgeschüttet. Der verbleibende Teilbetrag von TEUR 989 wurde den anderen Gewinnrücklagen zugeführt.

Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen

Unter dem Sonderposten werden die ab dem 1. Januar 2003 vereinnahmten Baukostenzuschüsse ausgewiesen. Der Berichtsjahreszugang beträgt TEUR 593, der Bestand zum 31. Dezember 2021 TEUR 6.356.

Diese Baukostenzuschüsse werden korrespondierend zu den Abschreibungen der bezuschussten Gegenstände des Anlagevermögens erfolgswirksam aufgelöst. Der auf die unter dem Sonderposten bilanzierten Baukostenzuschüsse entfallende Auflösungsbetrag beläuft sich im Berichtsjahr auf TEUR 220.

Empfangene Ertragszuschüsse

Innerhalb dieses Postens wurden die von Kunden für Netz- und Leitungsanschlüsse bis zum 31. Dezember 2002 entrichteten Baukostenzuschüsse passiviert. Es erfolgt eine lineare, erfolgswirksame Auflösung über einen Zeitraum von 20 Jahren.

Rückstellungen

Die Rückstellungen werden mit den nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbeträgen angesetzt.

Bei Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden erwartete Preis- und Kostensteigerungen berücksichtigt. Diese Rückstellungen werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst. Bei Altersvorsorgeverpflichtungen wird der durchschnittliche Marktzinssatz der vergangenen zehn Geschäftsjahre für die Abzinsung verwendet.

	TEUR
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	4.099
Steuerrückstellungen	1.156
Sonstige Rückstellungen	16.434
	21.689

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Bewertung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen erfolgte nach den anerkannten Grundsätzen der Versicherungsmathematik mittels der sogenannten „Projected-Unit-Credit-Methode“ (PUC-Methode). Als biometrische Rechnungsgrundlagen wurden die „Richttafeln 2018 G“ von Klaus Heubeck verwendet. Der Rückstellungsbetrag ist unter Einbeziehung von Trendannahmen hinsichtlich des zukünftigen Gehalts- bzw. Rentenniveaus ermittelt worden, wobei für den Gehaltstrend, den BBG-Trend und den Rententrend eine Steigerung von 2,5 % p. a. zugrunde gelegt wurden. Der Rechnungszinssatz beträgt gemäß den Vorgaben für Rückstellungen für Altersvorsorgeverpflichtungen der Verordnung über die Ermittlung und Bekanntgabe der Sätze zur Abzinsung von Rückstellungen (Rückstellungsabzinsungsverordnung – RückAbzinsV) 1,87 % p. a. Für die Berücksichtigung der Fluktuation wurden alters- und geschlechtsabhängige Fluktuationswahrscheinlichkeiten verwendet.

Die Berechnung der Rückstellung für Witwen-/Witwerrente erfolgte nach der sogenannten kollektiven Methode, bei der eine sich aus den verwendeten Rechnungsgrundlagen ergebende Verheiratungswahrscheinlichkeit zugrunde gelegt wurde. Für die Ermittlung der zu berücksichtigenden Sozialversicherungsrenten wurde das Näherungsverfahren gemäß BMF-Schreiben IV B 2 – S 2176/07/0003 vom 5. Mai 2008 verwendet. Bei ausgeschiedenen Anwärtern wurde das zum Zeitpunkt des Ausscheidens gültige Näherungsverfahren angewendet.

Im Geschäftsjahr 2021 erhöhte sich das im Geschäftsjahr 2010 gebildete Zweckvermögen gemäß § 246 Abs. 2 HGB durch Kursgewinne und Ertragsthesaurierung, in Höhe von insgesamt TEUR 62 auf TEUR 10.857 (im Vorjahr TEUR 10.795); die Höhe

der Rückstellung ergibt sich aus dem Saldo des versicherungsmathematischen Barwerts der Verpflichtungen und des beizulegenden Zeitwerts des zur Deckung gebildeten Zweckvermögens.

Steuerrückstellungen

Die Steuerrückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

	TEUR
Körperschaftsteuer inkl. Solidaritätszuschlag	243
Gewerbesteuer	126
Stromsteuer	174
Energiesteuer	613
	1.156

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen enthalten insbesondere die Rückstellung für Rückvergütungen (TEUR 1.717), für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften (TEUR 8.431), die Rückstellung im Zusammenhang mit dem Bezug und der Vermarktung von Strom (TEUR 334), die Rückstellung für die zu erwartenden Aufwendungen im Zusammenhang mit der kurzfristig bevorstehenden Umstellung von L-Gas auf H-Gas (TEUR 200) sowie die Rückstellungen für Personalaufwendungen (TEUR 693), ausstehende Rechnungen (TEUR 901), Betriebsprüfungsrisiken (TEUR 241), Altlastensanierung (TEUR 205) und die Prozessrisiken (TEUR 140).

Die Rückstellung für die erforderliche Umstellung von L-Gas auf H-Gas in Höhe von TEUR 200 betrifft Aufwendungen, die der BHAG mit überwiegender Wahrscheinlichkeit für die Gewährung von Finanzierungshilfen an Kunden im Fall eines erforderlichen Anlagen- bzw. Geräteausstausches sowie im Zusammenhang mit der behördlichen Prüfung der Erstattung von unmittelbaren Umstellungskosten entstehen werden. Da die Umstellung voraussichtlich im Laufe des Jahres 2022 ihr Ende finden wird, wird von einer weiteren Berechnung von prozentualen Kostensteigerungen oder einer weiteren Abzinsung abgesehen.

Die Bewertung der Rückstellung für Treueprämien erfolgte nach den anerkannten Grundsätzen der Versicherungsmathematik mittels der sogenannten „Projected-Unit-Credit-Methode“ (PUC-Methode). Als biometrische Rechnungsgrundlagen wurden die „Richttafeln 2018 G“ von Klaus Heubeck verwendet. Der Rechnungszinssatz beträgt gemäß den Vorgaben der Verordnung über die Ermittlung und Bekanntgabe der Sätze zur Abzinsung von Rückstellungen (Rückstellungsabzinsungsverordnung – RückAbzinsV) 1,35 % p. a. Für die Berücksichtigung der Fluktuation wurden alters- und geschlechtsabhängige Fluktuationswahrscheinlichkeiten verwendet.

Die Berechnung der Rückstellung für Witwen-/Witwerrente erfolgte nach der sogenannten kollektiven Methode, bei der eine sich aus den verwendeten Rechnungsgrundlagen ergebende Verheiratungswahrscheinlichkeit zugrunde gelegt wurde.

Die Bewertung der Rückstellung für Jubiläumszuwendungen erfolgte nach den anerkannten Grundsätzen der Versicherungsmathematik mittels der sogenannten „Projected-Unit-Credit-Methode“ (PUC-Methode). Als biometrische Rechnungsgrundlagen wurden die „Richttafeln 2018 G“ von Klaus Heubeck verwendet. Der Rechnungszinssatz beträgt gemäß den Vorgaben der Verordnung über die Ermittlung und Bekanntgabe der Sätze zur Abzinsung von Rückstellungen (Rückstellungsabzinsungsverordnung – RückAbzinsV) 1,35 % p. a. Für die Berücksichtigung der Fluktuation wurden alters- und geschlechtsabhängige Fluktuationswahrscheinlichkeiten verwendet.

Die Bewertung der Rückstellung für Altersteilzeitverpflichtungen erfolgte nach den Regelungen der IDW-Stellungnahme vom 19. Juni 2013. Bei der Ermittlung für Abfindungszahlungen wurde nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berücksichtigt, dass die Verpflichtung mit dem Eintritt von Tod (ggf. Invalidität) erlischt. Sofern biometrische Einflussfaktoren zu berücksichtigen waren, wurden die „Richttafeln 2018 G“ von Klaus Heubeck verwendet. Die Abzinsung erfolgte mit dem fristadäquaten Marktzins, der nach den Vorschriften des BilMoG auf Basis des Durchschnitts der vergangenen sieben Geschäftsjahre anzusetzen ist; der Rechnungszinssatz beträgt 0,34 %. Für den Gehaltstrend wurde eine Steigerung von 2,5 % p. a. zugrunde gelegt.

Im Geschäftsjahr 2021 erhöhte sich das für Altersteilzeitverpflichtungen gebildete Zweckvermögen gemäß § 246 Abs. 2 HGB durch Zuführungen für ein weiteres zu sicherndes Altersteilzeitverhältnis um TEUR 164 auf TEUR 481. Die Höhe der Rückstellung ergibt sich aus dem Saldo des versicherungsmathematischen Barwerts der Verpflichtung und des beizulegenden Zeitwerts des zur Deckung gebildeten Zweckvermögens. Der Rückstellungsausweis für die Altersteilzeitverpflichtungen beträgt hiernach TEUR 0.

Die Bewertung der Rückstellung für Vorruhestandsleistungen erfolgte nach den anerkannten Grundsätzen der Versicherungsmathematik mittels der sogenannten „Projected-Unit-Credit-Methode“ (PUC-Methode). Als biometrische Rechnungsgrundlagen wurden die „Richttafeln 2018 G“ von Klaus Heubeck verwendet. Der Rückstellungsbetrag ist unter Einbeziehung von Trendannahmen hinsichtlich des zukünftigen Gehalts- bzw. Rentenniveaus ermittelt worden, wobei für den Gehaltstrend und den BBG-Trend eine Steigerung von 2,5 % p. a. zugrunde gelegt wurde. Der Rechnungszinssatz beträgt gemäß den Vorgaben der Verordnung über die Ermittlung und Bekanntgabe der Sätze zur Abzinsung von Rückstellungen (Rückstellungsabzinsungsverordnung – RückAbzinsV) 1,35 % p. a.

Im Geschäftsjahr 2021 verringerte sich das für die Vorruhestandsverpflichtungen gebildete Zweckvermögen gemäß § 246 Abs. 2 HGB analog zum Verpflichtungsumfang um TEUR 61 auf TEUR 16; die Höhe der Rückstellung ergibt sich aus dem Saldo des versicherungsmathematischen Barwerts der Verpflichtung und des beizulegenden Zeitwerts des zur Deckung gebildeten Zweckvermögens. Der Rückstellungsausweis für die Vorruhestandsverpflichtungen beträgt hiernach TEUR 0.

Bei der Bemessung der Rückstellungen wurden alle erkennbaren Risiken und Verpflichtungen ausreichend berücksichtigt. Die ausgewiesenen Rückstellungsbuchwerte zum Bilanzstichtag 2021 entsprechen den ermittelten notwendigen Erfüllungsbeträgen.

Verbindlichkeiten

Die Bewertung der Verbindlichkeiten erfolgt zum Erfüllungsbetrag.

Verbindlichkeiten	mit einer Restlaufzeit von				durch Pfandrechte und ähnliche Rechte gesichert	Art der Sicherheit
	Gesamt-betrag	bis zu einem Jahr	mehr als einem Jahr	mehr als fünf Jahren		
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	
Erhaltene Anzahlungen aus Bestellungen (Vorjahr)	58 (1)	58 (1)	0 (0)	0 (0)	0 (0)	
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (Vorjahr)	3.883 (2.386)	3.883 (2.386)	0 (0)	0 (0)	0 (0)	-
Sonstige Verbindlichkeiten (Vorjahr)	4.066 (5.727)	4.066 (5.727)	0 (0)	0 (0)	0 (0)	-
Summe (Vorjahr)	8.007 (8.114)	8.007 (8.114)	0 (0)	0 (0)	0 (0)	-

Latente Steuern

Die latenten Steuern beruhen auf temporären Differenzen zwischen handels- und steuerrechtlichen Wertansätzen bei nachstehend aufgeführten Bilanzposten:

	Latente Steueransprüche 31.12.2021	Latente Steuerschulden 31.12.2021
	TEUR	TEUR
Immaterielle Vermögenswerte	27	0
Sachanlagen	118	2.783
Finanzanlagen	3.431	0
Gewinnrücklagen	481	0
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	1.913	0
Empfangene Ertragszuschüsse	4	0
Pensionsrückstellungen	1.234	613
Sonstige Rückstellungen	2.990	110
Zwischensumme	10.198	3.506
Saldierungen	-3.506	-3.506
Überhang	6.692	0

Es wurde ein Steuersatz von 30,11 % angewandt, der sich aus dem kombinierten Ertragssteuersatz aus Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer zusammensetzt (14,28 % Gewerbesteuer bei einem Hebesatz von 408 %, 15 % Körperschaftsteuer und 0,83 % Solidaritätszuschlag).

Bei der zulässigen Saldierung aktiver und passiver latenter Steuern ergibt sich ein Überhang aktiver latenter Steuern (latente Steueransprüche).

Wegen des bestehenden Aktivierungswahlrechts im Fall eines Überhangs aktiver latenter Steuern wurde auf den Ansatz latenter Steuern im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 verzichtet.

Haftungsverhältnisse

Die Haftungsverhältnisse gemäß §§ 251, 268 Abs. 7 HGB werden nach den für Verbindlichkeiten geltenden Grundsätzen unter Berücksichtigung der Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme ausgewiesen. Die Risikoeinschätzung der Inanspruchnahme erfolgt auf der Grundlage vernünftiger kaufmännischer Beurteilung.

Bei diesen Haftungsverhältnissen handelt es sich um Bürgschaften im Zusammenhang mit der Beteiligung an der TOBI Windenergie GmbH & Co. KG in Höhe von TEUR 39.

Finanzielle Verpflichtungen

Finanzielle Verpflichtungen ergeben sich im Wesentlichen aus der für die Energiewirtschaft typischen Beschaffungsmethode der nivellierten Beschaffung sowie der Back-to-Back-Beschaffung für Großkunden.

Für die Belieferung unserer Kunden Gas belaufen sich die finanziellen Verpflichtungen auf TEUR 29.050 für beschaffte Gas-mengen, davon für das Jahr 2022 TEUR 18.922 und für die Jahre 2023 bis 2025 TEUR 10.128.

C. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse setzen sich nach Tätigkeitsbereichen wie folgt zusammen:

	TEUR
Elektrizitätsverteilung	8.411
Andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors (Stromverkauf)	20.030
Gasverteilung	12.826
Andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors (Gasverkauf)	26.754
Trinkwasserversorgung	4.692
Andere Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors (i. W. Contracting und Beteiligungen)	3.946
Abzgl. Innenerlöse aus Netzentgelten Strom und Gas sowie Einspeisevergütung dezentrale Erzeugungsanlagen	-15.456
	61.203

Andere aktivierte Eigenleistungen

Der Posten enthält die Personalkosten sowie die verrechneten Gemeinkostenzuschläge auf Personal- und Sachkosten für selbsterstellte Anlagen.

Sonstige betriebliche Erträge

Der Posten enthält im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (TEUR 2.768), Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens (TEUR 18), Erträge aus der Auflösung von Einzelwertberichtigungen auf Forderungen (TEUR 48).

Innerhalb der sonstigen betrieblichen Erträge erfolgt der Ausweis periodenfremder und neutraler Erträge, insbesondere aus der Auflösung von Rückstellungen, von insgesamt TEUR 2.850.

Materialaufwand

Im Materialaufwand sind aufgrund von Missachtung der Vorgaben aus den Beschaffungshandbüchern für Strom und Gas Aufwendungen für Strom- und Gasbezüge zur Bildung von Drohverlustrückstellungen für die Jahre 2022 bis 2024 in Höhe von TEUR 7.742 enthalten.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen im Wesentlichen Prüfungs-, Rechts- und Beratungskosten (TEUR 393), Kosten für Werbung und Marketing (TEUR 153), EDV-Kosten

(TEUR 724), Aufwendungen für Instandhaltung und Wartung (TEUR 339), Schulungs- und Kurskosten (TEUR 178) sowie Versicherungsaufwand (TEUR 155).

Innerhalb der sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfolgt zudem der Ausweis periodenfremder und neutraler Aufwendungen, Zuführungen zu Wertberichtigung auf Forderungen (TEUR 101), Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen (TEUR 2) sowie die Abschreibungen auf Forderungen (TEUR 30), in Höhe von insgesamt TEUR 133.

Finanzergebnis

	TEUR
Erträge aus Beteiligungen	12
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	137
Sonstige Zinsen und ähnlicher Erträge	8
Abschreibungen auf Finanzanlagen	-3
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-87
	67

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen resultieren im Wesentlichen aus der Aufzinsung von Rückstellungen.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag beinhalten insbesondere TEUR 471 Körperschaftsteuer nebst Solidaritätszuschlag und Kapitalertragsteuer für das laufende Jahr sowie TEUR 378 Gewerbesteuer für das laufende Jahr.

Für Vorjahre ergaben sich Nachzahlungen in Höhe von TEUR 25 (Körperschaftsteuer nebst Solidaritätszuschlag) sowie Erstattungen von TEUR 14 (Gewerbesteuer).

Sonstige Steuern

Die sonstigen Steuern betreffen die Grundsteuer (TEUR 20) sowie die Kfz-Steuer (TEUR 10).

II. Sonstige Angaben

A. Abschlussprüferhonorare

	Gesamthonorar netto EUR
Abschlussprüfleistungen	25.000,00
Andere Bestätigungsleistungen	4.000,00
Steuerberatungsleistungen	0,00
Sonstige Leistungen	0,00
	29.000,00

B. Organe, Organkredite und Aufwendungen für Organe

Vorstand:

Dipl.-Kfm. Mathias Eik (bis 31.12.2021)
Dipl.-Ing. Jens Nehl (bis 31.03.2021)
Dipl.-Ing. Kersten Kerl (ab 01.08.2021)

Karl-Heinz Dißmann
Kaufmann

Friedhelm Weiss *
Gas-/Wasser-Monteur

Karsten Fehr
Verbandsbürgermeister der
Verbandsgemeinde Unkel

Stefan Winkens *
Industriekaufmann

Aufsichtsrat:

Prof. Dr. Rolf D. Cremer (Vorsitzender)
(ab 13.01.2021)
Professor

Thorsten Fischer *
Datenverarbeitungskaufmann

Irina Briese
Allgemeinmedizinerin

Jörg Heinzelmann
Diplom-Ingenieur

Hansjörg Tamoj
Rechtsanwalt

Gerhard Kunz (stellv. Vorsitzender)
(bis 13.01.2021)
Controllor

Kamran Mohit *
Gas-/Wasser-Monteur

Krista Ulmen
Rechtsanwältin

Markus Harf (stellv. Vorsitzender)
Soldat

Otto Neuhoff
Bürgermeister der Stadt Bad Honnef

Klaus Wegner
Diplom-Ingenieur

Sascha Schulz *
Elektromeister

* Arbeitnehmervertretung

Insgesamt hat der Vorstand im Geschäftsjahr 2020 Bezüge in Höhe von TEUR 429 (Vorjahr: TEUR 509) erhalten. Diese teilen sich nach Vergütungsbestandteilen wie folgt auf die Mitglieder des Vorstandes auf.

Herr Nehl, der das Unternehmen zum 31.03.2021 verlassen hat, erhielt TEUR 35 (Vorjahr: TEUR 140) als erfolgsunabhängige Vergütung; hierin enthalten sind Zuschüsse zur Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung sowie Beiträge zur betrieblichen Altersvorsorge in Höhe von TEUR 8 (Vorjahr: TEUR 32). Weiterhin erhielt Herr Nehl eine erfolgsabhängige Tantiemzahlung in Höhe von TEUR 60 (Vorjahr: TEUR 44). Der auf die Nutzung des Firmen-Pkw entfallende geldwerte Vorteil beträgt TEUR 2 (Vorjahr: TEUR 8).

Herr Eik, der das Unternehmen zum 31.12.2021 verlassen hat, erhielt TEUR 210 (Vorjahr: TEUR 204) als erfolgsunabhängige Vergütung; hierin enthalten sind Zuschüsse zur Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung sowie Beiträge zur betrieblichen Altersvorsorge in Höhe von TEUR 53 (Vorjahr: TEUR 52). Weiterhin erhielt Herr Eik eine erfolgsabhängige Tantiemzahlung in Höhe von TEUR 42 (Vorjahr: TEUR 10). Der auf die Nutzung des Firmen-Pkw entfallende geldwerte Vorteil beträgt TEUR 6 (Vorjahr: TEUR 6).

Herr Kerl, der zum 01.08.2021 als technischer Vorstand in das Unternehmen bestellt wurde, erhielt TEUR 66 (Vorjahr: TEUR 0) als erfolgsunabhängige Vergütung; hierin enthalten sind Zuschüsse zur Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung sowie Beiträge zur betrieblichen Altersvorsorge in Höhe von TEUR 14 (Vorjahr: TEUR 0). Der auf die Nutzung des Firmen-Pkw entfallende geldwerte Vorteil beträgt TEUR 8 (Vorjahr: TEUR 0). Die Rückstellungen für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen ehemaliger Mitglieder des Vorstandes betragen TEUR 1.366 (Vorjahr: TEUR 1.318). Im Geschäftsjahr 2021 erfolgten Zuführungen einschließlich Aufzinsung in Höhe von TEUR 130 (Vorjahr: TEUR 92).

Die ausgezahlten Bezüge zugunsten ehemaliger Mitglieder des Vorstandes bzw. deren Hinterbliebenen betragen im Geschäftsjahr 2021 TEUR 145 (Vorjahr: TEUR 142).

Der Aufsichtsrat trat im Geschäftsjahr 2021 zu insgesamt elf Sitzungen zusammen. Zudem tagte der Personalausschuss an drei Terminen und der Wirtschafts- und Prüfungsausschuss an acht Terminen. Die hierfür angefallenen Aufsichtsratsvergütungen belaufen sich auf insgesamt TEUR 33 (Vorjahr: TEUR 24) und betreffen die einzelnen Aufsichtsräte/-innen wie folgt:

Für eine Sitzung des Beirats der BHAG wurden in 2021 Sitzungsgelder in Höhe von TEUR 1 aufgewendet (Vorjahr: TEUR 0).

	EUR
Prof. Dr. Rolf D. Cremer	6.797
Markus Harf	3.629
Karl-Heinz Dißmann	2.508
Karsten Fehr	1.253
Jörg Heinzelmann	1.980
Thorsten Fischer	1.452
Kamran Mohit	1.452
Otto Neuhoff	1.980
Sascha Schulz	1.848
Friedhelm Weiss	1.452
Stefan Winkens	1.452
Klaus Wegner	1.452
Irina Briese	2.376
Hansjörg Tamoj	1.056
Krista Ulmen	1.848
	32.535

Für eine Sitzung des Beirats der BHAG wurden in 2021 Sitzungsgelder in Höhe von TEUR 1 aufgewendet (Vorjahr: TEUR 0).

C. Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Arbeitnehmer

Kaufm./techn. Angestellte	70
Gewerbliche Arbeitnehmer	36
Auszubildende	4
Geringfügig Beschäftigte	4
	114

Einschließlich der in einem Altersteilzeitarbeitsverhältnis befindlichen Mitarbeiter und der geringfügig Beschäftigten standen während des Geschäftsjahres 2021 insgesamt 17 Arbeitnehmer/-innen in einem Teilzeit-Beschäftigungsverhältnis zur BHAG.

D. Gewinnverwendungsvorschlag

Vorstand und Aufsichtsrat werden der Hauptversammlung vorzuschlagen, den Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres 2021 in Höhe von TEUR 5.120 auf neue Rechnung vorzutragen, sowie eine Ausschüttung an die Gesellschafter in Höhe von TEUR 1.560 aus der Auflösung von Gewinnrücklagen vorzunehmen.

Ausschüttungssperren:

Ausschüttungsgesperrte Beträge: TEUR 3.445

Zusammensetzung:

	TEUR
- Unterschiedsbetrag aus der Abzinsung von Altersvorsorgeverpflichtungen gemäß § 253 Abs. 6 HGB	1.934
- Aus der Bewertung von Vermögensgegenständen zum Zeitwert, die mit Versorgungsverpflichtung verrechnet wurden gemäß § 268 Abs. 8 S. 3 HGB	1.511
	3.445

Zu Unterschiedsbetrag aus der Abzinsung von Altersvorsorgeverpflichtungen gemäß § 253 Abs. 6 HGB

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen (Altersvorsorgeverpflichtungen) werden ab dem Bilanzstichtag 31. Dezember 2015 in Anwendung des § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB mit einem Rechnungszinsfuß abgezinst, der sich aus dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre ergibt (10-Jahres-Zinssatz). Zuvor war nach § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB a. F. für Zwecke der Abzinsung solcher Rückstellungen ein Rechnungszinsfuß zwingend vorgeschrieben, der sich aus dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ergibt (7-Jahres-Zinssatz). Durch den Übergang von dem 7-Jahres-Zinssatz auf den 10-Jahres-Zinssatz entsteht bei der Bewertung der Altersvorsorgeverpflichtungen ein ergebniswirksamer Unterschiedsbetrag in Höhe von TEUR 1.934 (gewinnerhöhend).

Gemäß § 253 Abs. 6 HGB unterliegt dieser Unterschiedsbetrag – als Teil des Jahresüberschusses – einer Ausschüttungssperre.

E. Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind

Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahrs 2021 im Sinn von wertaufhellenden Ereignissen eingetreten sind und weder in der Gewinn- und Verlustrechnung noch in der Bilanz Berücksichtigung gefunden haben, ist nicht zu berichten.

Mit Beginn des 24.02.2022 ist jedoch das russische Militär widerrechtlich über die Grenzen des ukrainischen Staatsgebietes getreten. Seit diesem Tag herrscht in Europa Krieg. Zum einen hatte dies kurzfristig enorme Schwankungen und letztlich auch Preissteigerungen an den Energiebörsen ausgelöst. Zum anderen wird auch in Anbetracht der verhängenen Sanktionen gegen Russland die Versorgungssicherheit – insbesondere aufgrund der Abhängigkeit in Bezug auf die aus Russland stammenden Gaslieferungen – in Deutschland massiv erschüttert.

Eine zuverlässige Bewertung der Einflüsse des Ukraine-Konflikts auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage unseres Unternehmens ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch noch nicht möglich.

Bad Honnef, den 30.03.2022

Bad Honnef Aktiengesellschaft

Dipl.-Ing. Kersten Kerl
Der Vorstand

Unser Team Marketing

Daniela
Paffhausen

Gregor
Schäfer

Andrea
Jatsch

Angela
Lessenich



Entwicklung des Anlagevermögens 2021

Anlagengitter gemäß § 284 Abs. 3 HGB

A. Anlagevermögen	Anschaffungs-/Herstellungskosten				Abschreibungen (kumuliert)				Buchwerte			
	Stand 01.01.2021	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Stand 31.12.2021	Stand 01.01.2021	Zugänge	Zuschreibung	Abgänge	Stand 31.12.2021	Stand 31.12.2021	Stand 31.12.2020
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände												
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	2.429.108,20	193.985,57	0,00	0,00	2.623.093,77	2.280.136,20	102.950,57	0,00	0,00	2.383.086,77	240.007,00	148.972,00
	2.429.108,20	193.985,57	0,00	0,00	2.623.093,77	2.280.136,20	102.950,57	0,00	0,00	2.383.086,77	240.007,00	148.972,00
II. Sachanlagen												
1. Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	10.492.136,06	451.729,64	0,00	21.210,12	10.965.075,82	4.991.139,25	194.072,76	0,00	0,00	5.185.212,01	5.779.863,81	5.500.996,81
2. Technische Anlagen und Maschinen	111.037.705,18	2.908.769,48	442.128,24	1.939.877,77	115.444.224,19	80.298.863,67	2.072.534,82	0,00	440.479,69	81.930.918,80	33.513.305,39	30.738.841,51
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.362.524,34	345.360,90	56.310,70	0,00	6.651.574,54	5.156.908,34	447.503,90	0,00	56.310,70	5.548.101,54	1.103.473,00	1.205.616,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	2.181.412,42	735.759,62	0,00	-1.961.087,89	956.084,15	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	956.084,15	2.181.412,42
	130.073.778,00	4.441.619,64	498.438,94	0,00	134.016.958,70	90.446.911,26	2.714.111,48	0,00	496.790,39	92.664.232,35	41.352.726,35	39.626.866,74
III. Finanzanlagen												
1. Beteiligungen	2.726.751,48	0,00	0,00	0,00	2.726.751,48	1.794.658,37	0,00	0,00	0,00	1.794.658,37	932.093,11	932.093,11
2. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2.993.538,00	0,00	218.448,61	0,00	2.775.089,39	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.775.089,39	2.993.538,00
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	511,29	0,00	0,00	0,00	511,29	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	511,29	511,29
4. Sonstige Ausleihungen	200.536,58	12.5000,00	26.779,54	0,00	186.257,04	20.732,26	3.306,27	3.856,78	0,00	20.181,75	166.075,29	179.804,32
	5.921.337,35	12.5000,00	245.228,15	0,00	5.688.609,20	1.815.390,63	3.306,27	3.856,78	0,00	1.814.840,12	3.873.769,08	4.105.946,72
	138.424.223,55	4.648.105,21	743.667,09	0,00	142.328.661,67	94.542.438,09	2.820.368,32	3.856,78	496.790,39	96.862.159,24	45.466.502,43	43.881.785,46

Unsere Teams

Alexandra
Stein

Petra
Medenbach

Diana
Wambach

Anne
Schütz

Günter
Korf

Florian
Adolfs

Torsten
Brix

Uwe
Kohl



Netzwirtschaft

Marktkommunikation

Wasserwerk

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Bad Honnef Aktiengesellschaft, Bad Honnef

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Bad Honnef Aktiengesellschaft, Bad Honnef, - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2021 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Bad Honnef Aktiengesellschaft, Bad Honnef, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- » entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2021 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 und
- » vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 S. 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt.

Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit §317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- » identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu

dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- » gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- » beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- » ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- » beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- » beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.

- » führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Vermerk über die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG Prüfungsurteile

Wir haben geprüft, ob die Gesellschaft ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 eingehalten hat. Darüber hinaus haben wir die Tätigkeitsabschlüsse für die Tätigkeiten Elektrizitätsverteilung, Gasverteilung und grundzuständiger Messstellenbetrieb für moderne Messeinrichtungen und intelligente Messsysteme nach § 6b Abs. 3 Satz 1 EnWG sowie § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG – bestehend jeweils aus der Bilanz zum 31. Dezember 2021 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 sowie die als Anlage beigefügten Angaben zu den Rechnungslegungsmethoden für die Aufstellung der Tätigkeitsabschlüsse – geprüft.

- » Nach unserer Beurteilung wurden die Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten.
- » Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entsprechen die beigefügten Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Führung getrennter Konten und der Tätigkeitsabschlüsse in Übereinstimmung mit § 6b Abs. 5 EnWG unter Beachtung des IDW Prüfungsstandards: Prüfung nach § 6b Energiewirtschaftsgesetz (IDW PS 610 n.F.) durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG" weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir wenden als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Anforderungen des IDW Qualitätssicherungsstandards: Anforderungen an die Qualitätssicherung in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QS1) an. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für die Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten. Die gesetzlichen Vertreter sind auch verantwortlich für die Aufstellung der Tätigkeitsabschlüsse nach den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachtet haben, um die Pflichten zur Führung getrennter Konten einzuhalten.

Die Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für die Tätigkeitsabschlüsse entspricht der im Abschnitt "Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht" hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass der jeweilige Tätigkeitsabschluss kein unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Tätigkeit zu vermitteln braucht.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten der Gesellschaft nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen,

- » ob die gesetzlichen Vertreter ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten haben und
- » ob die Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG entsprechen.

Ferner umfasst unsere Zielsetzung, einen Vermerk in den Bestätigungsvermerk aufzunehmen, der unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG beinhaltet.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten umfasst die Beurteilung, ob die Zuordnung der Konten zu den Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 4 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt ist und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde.

Unsere Verantwortung für die Prüfung der Tätigkeitsabschlüsse entspricht der im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass wir für den jeweiligen Tätigkeitsabschluss keine Beurteilung der sachgerechten Gesamtdarstellung vornehmen können.

Koblenz, 17. Juni 2022

DORNBACH GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Schmidt
Wirtschaftsprüfer

Bokelmann
Wirtschaftsprüfer

Bad Honnef AG
Lohfelder Straße 6
53604 Bad Honnef
0 22 24/17-0
info@bhag.de
bhag.de

